

Zusammenfassung des Amnesty International-Berichts

ISRAELS APARTHEID GEGEN PALÄSTINENSER*INNEN

**EIN GRAUSAMES SYSTEM DER HERRSCHAFT UND VERBRECHEN GEGEN DIE
MENSCHLICHKEIT**

Originalbericht: <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>

Im ersten Teil des 280 Seiten umfassenden Bericht gibt es eine Zusammenfassung, die alles Wesentliche enthält. Hier ist sie auf deutsch:

Gliederung

APARTHEID IM VÖLKERRECHT

ABSICHT ZUR UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG DER PALÄSTINENSER

TERRITORIALE FRAGMENTIERUNG UND RECHTLICHE SEGREGATION

RECHTLICHE ABTRENNUNG UND KONTROLLE

EINSATZ VON MILITÄRHERRSCHAFT ZUR KONTROLLE UND ENTEIGNUNG

VERWEIGERUNG DER STAATSANGEHÖRIGKEIT, DES WOHNSTIZES UND DES
FAMILIENLEBENS

UNTERBRECHUNG DES FAMILIENLEBENS

EINSCHRÄNKUNGEN DER BEWEGUNGSFREIHEIT

EINSCHRÄNKUNG DES RECHTS AUF POLITISCHE BETEILIGUNG

ENTEIGNUNG VON LAND UND EIGENTUM

DISKRIMINIERENDE FLÄCHENNUTZUNGS- UND PLANUNGSPOLITIK

UNTERDRÜCKUNG DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG DER PALÄSTINENSER

EIN SYSTEM DER APARTHEID

VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

ZWANGSUMSIEDLUNGEN

ADMINISTRATIVE INHAFTIERUNG, FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN UND SCHWERE VERLETZUNGEN

VERWEIGERUNG DER GRUNDRECHTE UND -FREIHEITEN UND VERFOLGUNG

SICHERHEITSERWÄGUNGEN UND ABSICHT ZUR UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG

SCHLUSSFOLGERUNG UND EMPFEHLUNGEN

"Israel ist nicht der Staat aller seiner Bürger... [sondern] der Nationalstaat des jüdischen Volkes und nur dieses"

Im März 2019 von Israels damaligem Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu ins Netz gestellte Botschaft

APARTHEID IM VÖLKERRECHT

Apartheid ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, eine schwere Verletzung der international geschützten Menschenrechte und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des internationalen Strafrechts. Drei wichtige internationale Verträge verbieten bzw. stellen Apartheid ausdrücklich unter Strafe: **das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD), das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (Apartheid-Konvention) und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (Römisches Statut).**

Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit im Sinne der Apartheidkonvention, des Römischen Statuts und des Völkergewohnheitsrechts wird begangen, wenn eine grausame oder unmenschliche Handlung (im Wesentlichen eine schwere Menschenrechtsverletzung) im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Vorherrschaft einer ethnischen Gruppe über eine andere mit der Absicht begangen wird, dieses System aufrechtzuerhalten. Ein Unterdrückungs- und Beherrschungsregime lässt sich am besten als die systematische, anhaltende und grausame diskriminierende Behandlung von Mitgliedern einer ethnischen Gruppe durch eine andere ethnische Gruppe mit der Absicht verstehen, die zweite Gruppe zu kontrollieren.

Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit wird also begangen, wenn schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung eines Regimes oder

Systems der anhaltenden und grausamen diskriminierenden Kontrolle einer oder mehrerer ethnischer Gruppen durch eine andere Gruppe begangen werden, und zwar mit der spezifischen Absicht, dieses aufrechtzuerhalten.

Der Begriff der Apartheid ermöglicht ein umfassendes, im Völkerrecht verankertes Verständnis einer Situation der Trennung, Unterdrückung und Beherrschung einer ethnischen Gruppe gegenüber einer anderen. Amnesty International stellt fest, dass Unterdrückungs- und Beherrschungssysteme niemals identisch sein können. Daher versucht Amnesty International nicht zu behaupten oder zu beurteilen, ob ein System der Unterdrückung und Herrschaft, wie es in Israel und den besetzten Gebieten besteht, dasselbe oder analog zu dem System der Segregation, Unterdrückung und Herrschaft ist, wie es in Südafrika zwischen 1948 und 1994 bestand.

.....

ABSICHT, DIE PALÄSTINENSER ZU UNTERDRÜCKEN UND ZU BEHERRSCHEN

Seit seiner Gründung im Jahr 1948 verfolgt Israel eine explizite Politik, die darauf abzielt, eine jüdische demografische Hegemonie zu errichten und aufrechtzuerhalten und die Kontrolle über das Land zum Nutzen der jüdischen Israelis zu maximieren, während die Zahl der Palästinenser minimiert, ihre Rechte eingeschränkt und ihre Möglichkeiten, diese Enteignung anzufechten, behindert werden. Im Jahr 1967 dehnte Israel diese Politik über die Grüne Linie hinaus auf das Westjordanland und den Gazastreifen aus, die es seither besetzt hält. Heute werden alle von Israel kontrollierten Gebiete weiterhin verwaltet mit dem Ziel, die jüdischen Israelis zum Nachteil der Palästinenser zu begünstigen, während die palästinensischen Flüchtlinge weiterhin ausgeschlossen bleiben.

Demografische Erwägungen haben von Anfang an die israelische Gesetzgebung und Politik bestimmt. Die Demografie des neu geschaffenen Staates sollte zugunsten der israelischen Juden verändert werden, während die Palästinenser - ob innerhalb Israels oder später in den besetzten Gebieten - als Bedrohung für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer jüdischen Mehrheit angesehen wurden und infolgedessen vertrieben, zersplittert, abgesondert, kontrolliert, ihres Landes und Eigentums beraubt und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte beraubt werden sollten.

Jüdische Israelis bilden eine Gruppe, die durch einen privilegierten, im israelischen Recht verankerten Rechtsstatus geeint ist, der sich durch staatliche Dienstleistungen und Schutzmaßnahmen auf sie erstreckt, unabhängig davon, wo sie in den Gebieten unter Israels tatsächlicher Kontrolle wohnen. Die jüdische Identität des Staates Israel ist in seinen Gesetzen und in der Praxis seiner offiziellen und nationalen Institutionen festgeschrieben. In den israelischen Gesetzen wird die jüdische Identität je nach Kontext als religiöse, abstammungsbedingte und/oder nationale oder ethnische Identität betrachtet und behandelt.

Palästinenser werden vom israelischen Staat anders behandelt, weil er sie als rassistisch nicht-jüdische, arabische Menschen und darüber hinaus als Teil einer Gruppe mit besonderen Merkmalen betrachtet, die sich

von anderen nicht-jüdischen Gruppen unterscheidet. Was die palästinensischen Bürger Israels betrifft, so werden sie vom israelischen Außenministerium offiziell als "arabische Bürger Israels" eingestuft, Im öffentlichen Diskurs bezeichnen die israelischen Behörden und Medien jedoch in der Regel nur muslimische und christliche Araber - die sich im Allgemeinen selbst als Palästinenser bezeichnen - als israelische Araber und assoziieren sie mit den in den besetzten Gebieten und darüber hinaus lebenden Palästinensern, wobei sie für diese anderen nicht-jüdischen Gruppen die spezifischen Begriffe Drusen und Tscherkessen verwenden. Die Behörden betrachten die palästinensischen Bürger Israels auch eindeutig als eine einzige Gruppe, die sich von Drusen und Tscherkessen unterscheidet, da sie nur diese Gruppe vom Militärdienst ausnehmen, und zwar aus "Rücksicht auf ihre familiären, religiösen und kulturellen Bindungen an die arabische Welt (die Israel häufig angegriffen hat) sowie aus Sorge vor möglichen doppelten Loyalitäten".

Im Mai 1948 wurde in der Erklärung zur Gründung des Staates Israel ein jüdischer Staat angekündigt. Obwohl sie das Recht auf "völlige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte für alle seine Einwohner" garantierte, wurde dieses Recht nicht in den Grundgesetzen garantiert, die in Ermangelung einer schriftlichen Verfassung als Verfassungsdokumente fungieren.

Gleichzeitig mit der Gründung Israels als jüdischer Staat wurde in der Erklärung von 1948 an die jüdische Bevölkerung in aller Welt appelliert, nach Israel einzuwandern. Im Jahr 1950 gewährte Israel jedem Juden das Recht auf Einwanderung nach Israel im Rahmen des Rückkehrgesetzes, gefolgt vom Recht auf automatische israelische Staatsbürgerschaft im Rahmen des Nationalitätengesetzes von 1952. Die israelischen Behörden sahen dies zum Teil als notwendige Maßnahme an, um einen weiteren Versuch der Ausrottung der Juden nach dem Holocaust zu verhindern und um Juden, die anderswo in der Welt verfolgt wurden, Schutz zu bieten. Hunderttausende von palästinensischen Flüchtlingen, die während des Konflikts von 1947-49 vertrieben worden waren, durften jedoch aus demografischen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren. Das Wesen des Systems der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser wurde im Nationalstaatsgesetz von 2018 deutlich herausgearbeitet, in dem der Grundsatz verankert ist, dass der "Staat Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes" ist und dass das Selbstbestimmungsrecht ausschließlich "dem jüdischen Volk" zusteht.

Parallel dazu bestätigen Äußerungen führender israelischer Politiker sowie hochrangiger ziviler und militärischer Beamter im Laufe der Jahre die Absicht Israels, eine jüdische demografische Mehrheit aufrechtzuerhalten und die Palästinenser zu unterdrücken und zu beherrschen. Seit 1948 haben sie unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit öffentlich das übergeordnete Ziel betont, Israels Identität als jüdischer Staat aufrechtzuerhalten, und ihre Absicht erklärt, den Zugang der Palästinenser zu und die Kontrolle über Land in allen Gebieten unter Israels tatsächlicher Kontrolle zu minimieren. Umgesetzt wurde dies durch die Beschlagnahmung von Häusern und Grundstücken der Palästinenser, die durch eine diskriminierende Planungs- und Wohnungspolitik dazu gezwungen wurden, in Enklaven zu leben. Die diskriminierende Absicht, die palästinensischen Bürger in Israel zu beherrschen, zeigt sich auch in Erklärungen, die eindeutig auf die Notwendigkeit einer getrennten und ungleichen Staatsbürgerschaftsstruktur und die Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf Familienzusammenführung als Mittel zur Kontrolle der Demografie hinweisen.

Die Absicht, die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch eine diskriminierende Land-, Planungs- und Wohnungspolitik zu beherrschen und zu kontrollieren, sowie die Verweigerung jeglicher landwirtschaftlicher oder industrieller Entwicklung zum Nutzen der Palästinenser ist ebenso klar. Seit der Annexion Ost-Jerusalems im Jahr 1967 haben die israelischen Regierungen Zielvorgaben für das demografische Verhältnis zwischen Juden und Palästinensern in Jerusalem insgesamt festgelegt und in öffentlichen Erklärungen deutlich gemacht, dass die Verweigerung wirtschaftlicher und sozialer Rechte für die Palästinenser in Ost-Jerusalem eine gezielte Politik ist, um sie zum Verlassen der Stadt zu zwingen. Israels Rückzug der Siedler aus dem Gazastreifen, über den es auf andere Weise die Kontrolle aufrechterhielt, stand ebenfalls ausdrücklich im Zusammenhang mit demografischen Fragen und der Erkenntnis, dass eine jüdische Mehrheit dort nicht zu erreichen war. Schließlich machen die von der israelischen Regierung veröffentlichten Materialien deutlich, dass Israels langjährige Politik, Millionen von palästinensischen Flüchtlingen ihr Recht auf Rückkehr in ihre Heimat zu verweigern, auch von demographischen Überlegungen geleitet wird.

TERRITORIALE FRAGMENTIERUNG UND RECHTLICHE SEGREGATION

Im Zuge der Gründung Israels als jüdischer Staat im Jahr 1948 waren seine Führer für die Massenvertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern und die Zerstörung Hunderter palästinensischer Dörfer verantwortlich, was einer ethnischen Säuberung gleichkam. Sie zwangen die Palästinenser in Enklaven innerhalb des Staates Israel und, nach der militärischen Besetzung 1967, in das Westjordanland und den Gaza-Streifen. Sie haben sich den größten Teil des Landes und der natürlichen Ressourcen der Palästinenser angeeignet. Sie haben Gesetze, politische Maßnahmen und Praktiken eingeführt, die die Palästinenser systematisch und auf grausame Weise diskriminieren, so dass sie geografisch und politisch zersplittert sind, sich in einem ständigen Zustand der Angst und Unsicherheit befinden und oft verarmt sind.

In der Zwischenzeit haben sich Israels Führer dafür entschieden, jüdische Bürger in Gesetz und Praxis durch die Verteilung von Land und Ressourcen systematisch zu privilegieren, was zu ihrem relativen Reichtum und Wohlstand auf Kosten der Palästinenser führt. Sie haben die jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten unter Verletzung des Völkerrechts ständig erweitert.

Im Jahr 1948, vor der Gründung Israels, stellten die Palästinenser rund 70 % der Bevölkerung Palästinas (damals britisches Mandatsgebiet) und besaßen etwa 90 % des in Privatbesitz befindlichen Landes. Juden, von denen viele aus Europa eingewandert waren, machten etwa 30 % der Bevölkerung aus, und sie und jüdische Einrichtungen besaßen etwa 6,5 % des Bodens.

Die israelischen Behörden haben es geschafft, diese Situation auf den Kopf zu stellen. Einige derjenigen, die während des Konflikts von 1947-49 aus ihrer Heimat geflohen waren, wurden aus ihren Dörfern, Städten und Ortschaften in andere Teile des heutigen Israel vertrieben. Andere flohen in verschiedene Teile des damaligen britischen Mandatsgebiets Palästina (von dem nach dem Konflikt 22 % unter die Kontrolle Jordaniens und

Ägyptens fielen – die heutigen besetzten Gebiete). Die meisten anderen flohen in die benachbarten arabischen Länder Jordanien, Syrien und Libanon. Israel hindert diese palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen sowie die Binnenvertriebenen innerhalb Israels daran, an ihre früheren Wohnorte zurückzukehren.

Nach dem Krieg im Juni 1967, der zur militärischen Besetzung des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, und des Gazastreifens durch Israel führte, ebenso wie zur Schaffung eines eigenen Rechts- und Verwaltungssystems zur Kontrolle der besetzten Gebiete und zu einer weiteren Welle palästinensischer Vertreibung, wurden die Palästinenser noch weiter zersplittert.

Das neue Militärregime in den besetzten Gebieten wurde auf der Grundlage eines bereits bestehenden vielschichtigen Rechtssystems errichtet, das sich aus osmanischen, britischen, jordanischen und ägyptischen Gesetzen zusammensetzte - dem Erbe der Mächte, die das Gebiet zuvor kontrolliert hatten.

1994 wurde mit den Osloer Verträgen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) die Palästinensische Autonomiebehörde gegründet und ihr eine begrenzte Kontrolle über die zivilen Angelegenheiten der Palästinenser in den städtischen Zentren übertragen. Die Osloer Abkommen beendeten aber nicht die Besetzung, sondern teilten darüber hinaus das Westjordanland in drei verschiedene Verwaltungsgebiete mit unterschiedlicher militärischer und ziviler Zuständigkeit der Palästinenser und Israels auf, wodurch die Palästinenser zugunsten Israels noch weiter zersplittert und ausgegrenzt wurden. Obwohl Israel 2005 die israelischen Siedler aus dem Gazastreifen abzog, behielt es die tatsächliche Kontrolle über das Gebiet, die es nach der Übernahme des Gebiets durch die Hamas zwei Jahre später durch eine rechtswidrige Luft-, See- und Landblockade und eine offizielle Politik der Trennung des Gazastreifens vom Westjordanland weiter verschärfte. Infolgedessen steht das gesamte Westjordanland und der Gazastreifen nach wie vor unter israelischer Militärbesetzung, wobei Israel die dort lebende palästinensische Bevölkerung, die natürlichen Ressourcen und - mit Ausnahme der kurzen Südgrenze des Gazastreifens zu Ägypten - die Land- und Seegrenzen sowie den Luftraum kontrolliert. Für das Verhalten Israels als Besatzungsmacht mit effektiver Kontrolle über die besetzten Gebieten gelten weiterhin zwei sich ergänzende internationale Rechtsrahmen: die internationalen Menschenrechtsvorschriften und das humanitäre Völkerrecht.

Palästinenser in den besetzten Gebieten, die unter diesen getrennten Rechtssystemen leben, benötigen eine Genehmigung der israelischen Behörden, um zwischen ihnen zu wechseln – vom und zum Gazastreifen, dem annektierten Ost-Jerusalem und dem Rest des Westjordanlandes - und sind auch von palästinensischen Bürgern Israels getrennt, sowohl geografisch als auch aufgrund ihres Status. Darüber hinaus sind die palästinensischen Flüchtlinge, die während der Konflikte von 1947-49 und 1967 vertrieben wurden, weiterhin physisch von den in Israel und den besetzten Gebieten ansässigen Menschen isoliert, da Israel ihnen das Recht auf Rückkehr in ihre Häuser, Städte und Dörfer verweigert.

Palästinensische Bürger Israels unterliegen den israelischen Zivilgesetzen, die ihnen im Allgemeinen mehr Freiheiten und Menschenrechtsschutz gewähren als Palästinensern, die in den besetzten Gebieten leben, ihnen

aber dennoch die gleichen Rechte wie jüdischen Israelis verweigern (einschließlich des Rechts auf politische Beteiligung) und ihre Diskriminierung institutionalisieren. Palästinenser im annektierten Ostjerusalem leben zwar auch unter israelischem Zivilrecht, doch wird ihnen ein ständiger Aufenthalt anstatt der Staatsbürgerschaft gewährt. Die Palästinenser im übrigen Westjordanland hingegen unterliegen weiterhin der israelischen Militärherrschaft und den seit 1967 erlassenen drakonischen Militärbefehlen. Die meisten dieser Anordnungen gelten nicht mehr für den Gazastreifen, nachdem Israel mit dem Abzug der Siedler im Jahr 2005 die meisten Aspekte seiner Militärherrschaft dort abgeschafft hat. Die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen unterliegen zusätzlich den palästinensischen Gesetzen.

Heute machen die palästinensischen Bürger und ständigen Einwohner Israels etwa 21 % der israelischen Bevölkerung aus und zählen rund 1,9 Millionen. Etwa 90 % der Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft leben in 139 dicht besiedelten Städten und Dörfern in den Regionen Galiläa und Dreieck im Norden Israels sowie in der Region Negev/Naqab im Süden des Landes, was auf eine bewusste Segregationspolitik zurückzuführen ist. Die überwiegende Mehrheit der übrigen 10 % lebt in "gemischten Städten".

Im Juli 2021 lebten 358 800 Palästinenser innerhalb der Grenzen des Stadtbezirks Jerusalem, was 38 % der Bevölkerung der Stadt ausmacht. Davon leben etwa 150.000 in Gebieten, die durch den Zaun/die Mauer und andere militärische Kontrollpunkte vom Rest der Stadt getrennt sind. Etwa 225.178 jüdische israelische Siedler leben in Ostjerusalem in 13 illegalen, von den israelischen Behörden errichteten Siedlungen und in Privathäusern, die Palästinensern im Rahmen diskriminierender Regelungen genommen wurden.

Etwa 3 Millionen Palästinenser leben im übrigen Westjordanland, zusätzlich zu den mehr als 441.600 jüdischen Siedlern, die in 132 offiziell von der israelischen Regierung errichteten Siedlungen leben, sowie in 140 nicht genehmigten Außenposten, die seit den 1990er Jahren ohne staatliche Genehmigung errichtet wurden und selbst nach israelischem Recht als illegal gelten. Im Gaza-Streifen leben etwa 2 Millionen Palästinenser. Davon sind rund 1,4 Millionen (über 70 % der Bevölkerung) beim UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) als Flüchtlinge registriert.

RECHTLICHE ABTRENNUNG UND KONTROLLE

Israels Herrschaft über die besetzten Gebiete durch militärische Befehle im Zusammenhang mit seiner Besatzung hat zu der falschen Auffassung geführt, dass das Militärregime in den besetzten Gebieten vom zivilen System im annektierten Ost-Jerusalem und innerhalb Israels getrennt ist. Diese Ansicht ignoriert die Tatsache, dass viele Elemente des repressiven israelischen Militärsystems in den besetzten Gebieten ihren Ursprung in der 18-jährigen israelischen Militärherrschaft über die palästinensischen Bürger Israels haben und dass die Enteignung der Palästinenser in Israel bis heute andauert.

Die Existenz dieser getrennten Rechtssysteme ist jedoch eines der wichtigsten Instrumente, mit denen Israel die Palästinenser fragmentiert und sein Unterdrückungs- und Herrschaftssystem durchsetzt, und dient, wie die UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) feststellte, dazu, "die Existenz [des israelischen Apartheidregimes] selbst zu verschleiern". In der Tat zielt die israelische Politik darauf ab, die Palästinenser in verschiedene geografische und rechtliche Kontrollbereiche aufzuteilen, nicht nur, um sie anders zu behandeln oder sie von der jüdischen Bevölkerung abzusondern, sondern auch, um die Bindungen zwischen den palästinensischen Gemeinschaften zu schwächen, jede Form von anhaltendem Dissens gegen das von ihnen geschaffene System zu unterdrücken und eine effektivere politische und sicherheitspolitische Kontrolle über Land und Menschen in allen Gebieten zu gewährleisten.

EINSATZ VON MILITÄRHERRSCHAFT ZUR KONTROLLE UND ENTEIGNUNG

Im Laufe der Jahre hat Israel die Militärherrschaft als zentrales Instrument eingesetzt, um sein System der Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser auf beiden Seiten der Grünen Linie zu etablieren, und sie seit 1948 - mit Ausnahme einer siebenmonatigen Unterbrechung im Jahr 1967 - fast ununterbrochen auf verschiedene Gruppen von Palästinensern in Israel und den besetzten Gebieten angewandt, um die jüdische Besiedlung in Gebieten von strategischer Bedeutung voranzutreiben und die Palästinenser unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Landes und ihres Eigentums zu enteignen.

Israel unterstellte seine palästinensischen Bürger in den ersten 18 Jahren seines Bestehens (1948-1966) der Militärherrschaft und nutzte in dieser Zeit die britischen Mandatsverordnungen zur Verteidigung (Notstandsgesetze), die ihm uneingeschränkte Befugnisse einräumten, um die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Einwohner zu kontrollieren, ihr Eigentum zu beschlagnahmen, die Schließung ganzer Dörfer als Militärzonen zu ermöglichen, ihre Häuser abzureißen und sie vor Militärgerichte zu stellen. Die Palästinenser brauchten eine Genehmigung, um ihre Wohngebiete zu verlassen, auch um Zugang zu medizinischer Versorgung und Arbeitsplätzen zu erhalten. Die israelischen Staatsorgane unterwarfen die Palästinenser einem Überwachungs- und Kontrollsystem, das ihre politischen Freiheiten bewusst einschränkte, indem es Proteste verbot und politische Aktivisten aufgrund ihrer politischen Aktivitäten verhaftete.

Im Dezember 1966 beendete Israel schließlich seine Militärherrschaft über palästinensische Bürger, nachdem es die intern vertriebenen Palästinenser erfolgreich daran gehindert hatte, in ihre Häuser in den leeren Dörfern zurückzukehren, indem es diese zerstörte und ihr Land der Aufforstung unterwarf. Zwar wurden die Bewegungsbeschränkungen schrittweise aufgehoben, und die Menschenrechtslage der palästinensischen Bürger Israels hat sich seit dem Ende der Militärherrschaft über sie zweifellos erheblich verbessert, doch blieben Elemente des Systems bestehen. Die Notstandsverordnungen wurden nie aufgehoben, und ab 1967 wurde ihre Anwendung auf das besetzte Westjordanland (mit Ausnahme des annektierten Ost-Jerusalem) und den Gazastreifen ausgedehnt, um die palästinensische Bevölkerung dort zu kontrollieren, jede Form von

Dissens zu verhindern und es dem israelischen Staat zu ermöglichen, die Palästinenser ihres Landes und ihrer Ressourcen zu berauben. Über die Gesetzgebung hinaus bildeten die Erfahrungen, die die israelischen Behörden während der Militärrherrschaft über die palästinensischen Bürger Israels gesammelt hatten, die Grundlage für die Militärverwaltung in den besetzten Gebieten.

Trotz der Einrichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrollieren und beschränken mehr als 1.800 israelische Militärbefehle weiterhin alle Aspekte des Lebens der Palästinenser im Westjordanland: ihren Lebensunterhalt, ihren Status, ihre Bewegungsfreiheit, ihren politischen Aktivismus, ihre Inhaftierung und Verfolgung sowie ihren Zugang zu natürlichen Ressourcen. Die israelische Militärgesetzgebung im Westjordanland wird durch die Militärjustiz durchgesetzt. Seit 1967 haben die israelischen Behörden über 800.000 palästinensische Männer, Frauen und Kinder im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, und im Gazastreifen verhaftet und viele von ihnen vor Militärgerichte gestellt, die systematisch die internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren nicht einhalten und in denen die überwiegende Mehrheit der Fälle mit einer Verurteilung endet.

Palästinenser aus dem Gazastreifen unterlagen der israelischen Militärgesetzgebung und wurden vor Militärgerichte gestellt, bis Israel 2005 seine Siedlungen auflöste. Seitdem gelten in diesem Gebiet weiterhin Elemente des israelischen Militärrechts, was den Personen- und Warenverkehr in und aus dem Gazastreifen, den Zugang zu den Hoheitsgewässern und die "Pufferzone" entlang des Zauns, der Israel vom Gazastreifen trennt, betrifft.

Im Gegensatz dazu sind jüdische Siedler seit Ende der 1970er Jahre von den für Palästinenser geltenden militärischen Anordnungen ausgenommen, nachdem Israel sein Zivilrecht extraterritorial auf israelische Staatsbürger ausgedehnt hat, die in den besetzten Gebieten wohnen oder durch sie reisen. Jüdische Siedler im besetzten Westjordanland werden daher vor israelische Zivilgerichte gestellt.

VERWEIGERUNG DER STAATSANGEHÖRIGKEIT, DES AUFENTHALTS UND DES FAMILIENLEBENS

Israel hält sein System der Zersplitterung und Segregation durch verschiedene rechtliche Regelungen aufrecht, die den Palästinensern die Staatsangehörigkeit und den Status verweigern, ihr Recht auf Familienzusammenführung und Rückkehr in ihr Land und ihre Heimat verletzen und die Bewegungsfreiheit aufgrund des rechtlichen Status stark einschränken. Alle diese Maßnahmen dienen der Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung und zielen darauf ab, eine jüdisch-israelische Mehrheit in den wichtigsten Gebieten Israels und der besetzten Gebieten zu erhalten.

Während ihnen die Staatsbürgerschaft gewährt wird, wird palästinensischen Bürgern Israels eine Nationalität verweigert, wodurch sie sich rechtlich von jüdischen Israelis unterscheiden. Außerdem werden ihnen bestimmte Vergünstigungen verweigert, weil sie vom Militärdienst befreit sind.

Die palästinensischen Einwohner von Ostjerusalem sind keine israelischen Staatsbürger. Stattdessen wird ihnen ein schwacher Daueraufenthaltsstatus zuerkannt, der es ihnen erlaubt, in der Stadt zu wohnen und zu arbeiten, und sie kommen in den Genuss von Sozialleistungen der israelischen Nationalen Versicherungsanstalt und der staatlichen Krankenkasse. Im Rahmen diskriminierender Gesetze und Maßnahmen haben die israelischen Behörden jedoch Tausenden von Palästinensern den Status entzogen, auch rückwirkend, wenn sie nicht nachweisen konnten, dass Jerusalem ihr "Lebensmittelpunkt" ist. Dies hatte verheerende Folgen für ihre Menschenrechte. Jüdische israelische Siedler in Ostjerusalem hingegen genießen die israelische Staatsbürgerschaft und sind von Gesetzen und Maßnahmen, die gegen palästinensische Bewohner Ostjersalems erlassen wurden, ausgenommen.

Trotz diplomatischer Gesten gegenüber den palästinensischen Behörden in Ramallah verweigert Israel Zehntausenden von ausländischen Staatsangehörigen, die mit Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen verheiratet sind, nach wie vor die Gewährung eines Aufenthaltsstatus. Dies ist zutiefst diskriminierend. Jüdische Siedler, die in den Siedlungen im Westjordanland leben, müssen keine Einschränkungen hinnehmen, wenn sie von den israelischen Behörden eine Genehmigung für die Einreise ihrer Ehepartner in das besetzte Gebiet und den Aufenthalt bei ihnen erhalten wollen.

Anfang 2003 begann Israel, im Gazastreifen registrierten Palästinensern den Aufenthalt im Westjordanland zu verbieten, indem es Tausende von ihnen verhaftete und gewaltsam in den Gazastreifen abführte, nachdem es sie als "Infiltratoren" bezeichnet hatte. Im Laufe der Jahre erlaubten die israelischen Behörden einigen Palästinensern, ihre Adresse vom Gazastreifen in das Westjordanland zu verlegen, setzten ihre Zusage jedoch nur teilweise um. Gleichzeitig leben weiterhin Tausende von Palästinensern ohne Papiere im Gazastreifen, da die israelischen Behörden sich seit 2008 weigern, ihren Status zu legalisieren.

Diese Politik hat schwerwiegende Folgen für die Fähigkeit der Palästinenser in den besetzten Gebieten, ein normales Leben zu führen, insbesondere angesichts der strengen Bewegungsbeschränkungen: Wer im Westjordanland nicht registriert ist, dem droht die Abschiebung, er hat keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen, kann kein Bankkonto eröffnen und keine legale Arbeit annehmen und ist aus Angst vor Ausweiskontrollen an israelischen Kontrollpunkten faktisch ein Gefangener in seiner Wohnung. Palästinensern ohne Papiere im Gazastreifen wird außerdem die Bewegungsfreiheit und der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung in anderen Teilen der besetzten Gebieten und im Ausland verwehrt. Die Beschränkungen der Familienzusammenführung beeinträchtigen das Recht der Palästinenser auf Privatsphäre, Familienleben und Heirat und hindern sie daran, ihren Ehepartnern und Kindern einen Aufenthaltsstatus zu gewähren.

Israel verweigert den palästinensischen Flüchtlingen - die in den Konflikten von 1947-49 und 1967 vertrieben wurden - und ihren Nachkommen weiterhin das Recht, die israelische Staatsbürgerschaft oder einen Aufenthaltsstatus in Israel oder den besetzten Gebieten zu erhalten. Damit verweigert es ihnen das Recht, an ihre früheren Wohnorte zurückzukehren.

Gleichzeitig kontrolliert Israel seit 1967 das Bevölkerungsregister im Westjordanland und im Gazastreifen und hat politische Maßnahmen, Beschränkungen und Maßnahmen zur Kontrolle der Demografie des Gebiets eingeführt. Die Palästinenser in diesen Gebieten haben keine Staatsbürgerschaft und gelten als staatenlos, mit Ausnahme derjenigen, die die Staatsbürgerschaft eines Drittlandes erhalten haben. Das israelische Militär stellt ihnen Ausweise aus, mit denen sie dauerhaft in dem Gebiet leben und arbeiten können. Die Kontrolle des israelischen Bevölkerungsregisters seit 1967 hat die Zersplitterung der Palästinenser weiter begünstigt und ihre Bewegungsfreiheit auf der Grundlage ihres rechtlichen Status und ihres Wohnsitzes eingeschränkt.

Nach dem Ausbruch der palästinensischen Intifada (Aufstand) Ende 2000 für die israelische Zivilverwaltung, die Teil des Militärs ist und alle zivilen Angelegenheiten der jüdischen israelischen Siedler und der palästinensischen Einwohner im Westjordanland mit Ausnahme von Ostjerusalem überwacht, die meisten Änderungen des palästinensischen Bevölkerungsregisters ein, ohne die Palästinensische Autonomiebehörde vorher zu informieren. Dazu gehörte auch die Aussetzung aller Verfahren zur "Familienzusammenführung" von palästinensischen Bewohnern des Westjordanlandes, die ausländische Staatsangehörige geheiratet hatten. Obwohl Israel seither bei zwei Gelegenheiten zugesagt hat, einer kleinen Anzahl von Anträgen auf Familienzusammenführung aus Kulanzgründen stattzugeben als diplomatische Geste gegenüber den palästinensischen Behörden in Ramallah, verweigert Israel Zehntausenden von ausländischen Staatsangehörigen, die mit Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen verheiratet sind, nach wie vor die Gewährung eines Aufenthaltsstatus. Dies ist zutiefst diskriminierend. Jüdische Siedler, die in den Siedlungen im Westjordanland leben, müssen keine Einschränkungen hinnehmen, wenn sie von den israelischen Behörden eine Genehmigung für die Einreise ihrer Ehepartner in das besetzte Gebiet und den Aufenthalt bei ihnen erhalten wollen.

Anfang 2003 begann Israel, im Gazastreifen registrierten Palästinensern den Aufenthalt im Westjordanland zu verbieten, indem es Tausende von ihnen verhaftete und gewaltsam in den Gazastreifen abführte, nachdem es sie als "Infiltratoren" bezeichnet hatte. Im Laufe der Jahre erlaubten die israelischen Behörden einigen Palästinensern, ihre Adresse vom Gazastreifen in das Westjordanland zu verlegen, setzten ihre Zusage jedoch nur teilweise um. Gleichzeitig leben weiterhin Tausende von Palästinensern ohne Papiere im Gazastreifen, da die israelischen Behörden sich seit 2008 weigern, ihren Status zu legalisieren.

Diese Politik hat schwerwiegende Folgen für die Fähigkeit der Palästinenser in den OPT, ein normales Leben zu führen, insbesondere angesichts der strengen Bewegungsbeschränkungen: Wer im Westjordanland nicht registriert ist, dem droht die Abschiebung, er hat keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen, kann kein Bankkonto eröffnen und keine legale Arbeit annehmen und ist aus Angst vor Ausweiskontrollen an israelischen Kontrollpunkten faktisch ein Gefangener in seiner Wohnung. Palästinensern ohne Papiere im Gazastreifen wird außerdem die Bewegungsfreiheit und der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung in anderen Teilen der besetzten Gebieten und im Ausland verwehrt. Die Beschränkungen der Familienzusammenführung beeinträchtigen das Recht der Palästinenser auf Privatsphäre,

Familienleben und Heirat und hindern sie daran, ihren Ehepartnern und Kindern einen Aufenthaltsstatus zu gewähren.

Israel verweigert den palästinensischen Flüchtlingen - die in den Konflikten von 1947-49 und 1967 vertrieben wurden - und ihren Nachkommen weiterhin das Recht, die israelische Staatsbürgerschaft oder einen Aufenthaltsstatus in Israel oder den besetzten Gebieten zu erhalten. Damit verweigert es ihnen das Recht, an ihre früheren Wohnorte und ihr Eigentum zurückzukehren - ein Recht, das in den internationalen Menschenrechtsgesetzen weitgehend anerkannt ist.

ZERRÜTTUNG DES FAMILIENLEBENS

Zusätzlich zu den Maßnahmen, die Familien innerhalb der besetzten Gebiete trennen, hat Israel diskriminierende Gesetze und politische Maßnahmen erlassen, die das Familienleben von Palästinensern jenseits der Grünen Linie stören - ein deutliches Beispiel dafür, wie Israel Palästinenser durch ein Herrschaftssystem fragmentiert und ausgrenzt. Wie andere von Amnesty International dokumentierte Maßnahmen sind sie in erster Linie von demografischen und nicht von Sicherheitserwägungen geleitet und zielen darauf ab, die palästinensische Präsenz innerhalb der Grünen Linie zu minimieren, um eine jüdische Mehrheit zu erhalten.

Seit 2002 verfolgt Israel eine Politik, die es Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen verbietet, durch Heirat einen Status in Israel oder Ostjerusalem zu erlangen, und damit eine Familienzusammenführung verhindert. Mit dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel wurde diese Politik von 2003 bis zu seinem Auslaufen im Juli 2021 gesetzlich verankert. Das Gesetz hinderte Tausende von Palästinensern in Israel und Ostjerusalem daran, mit ihren palästinensischen Ehepartnern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen dort zu leben. Der damalige israelische Innenminister erklärte, das Gesetz sei notwendig, weil "man der Meinung war, dass [die Familienzusammenführung] ausgenutzt würde, um ein schleichendes Rückkehrrecht zu erreichen...".

Das Gesetz von 2003 ermöglichte es Ehepartnern aus dem Westjordanland oder dem Gazastreifen nicht, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung oder die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Stattdessen erhielten erfolgreiche Antragsteller befristete, sechsmonatige Genehmigungen. Im Laufe der Jahre wurde der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert, um die Familienzusammenführung für palästinensische Bürger Israels weiter einzuschränken und zu verweigern.

Als die israelische Regierung die Abstimmung über die Verlängerung des Gesetzes im Juli 2021 verlor, signalisierte sie ihre Absicht, diese Politik dennoch beizubehalten. Der Innenminister erteilte die Anweisung, keine Anträge von Palästinensern auf Familienzusammenführung anzunehmen, bis ein neues oder ähnliches

Gesetz in Kraft tritt. Die israelischen Behörden erklären, dass diese Politik aus "Sicherheitsgründen" notwendig sei, aber sie wird pauschal und ohne konkrete Beweise gegen Einzelpersonen angewandt.

Im Gegensatz dazu galt das Gesetz von 2003 ausdrücklich nicht für Bewohner jüdischer Siedlungen im Westjordanland, die innerhalb Israels heiraten und mit ihrem Ehepartner zusammenleben wollten, so dass dieses Gesetz und die ihm zugrunde liegende Politik offenkundig diskriminierend sind.

EINSCHRÄNKUNGEN DER BEWEGUNGSFREIHEIT

Seit Mitte der 1990er Jahre haben die israelischen Behörden ein Abriegelungssystem innerhalb der besetzten Gebiete und zwischen den besetzten Gebieten und Israel eingeführt, das Millionen von Palästinensern, die im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, und im Gazastreifen leben, schrittweise immer strengeren Bewegungsbeschränkungen aufgrund ihres rechtlichen Status unterwirft.

Diese Beschränkungen sind ein weiteres Mittel, mit dem Israel die Palästinenser in getrennte Enklaven absondert, sie voneinander und von der Welt isoliert und letztlich seine Vorherrschaft durchsetzt.

Israel kontrolliert alle Ein- und Ausreisepunkte im Westjordanland und kontrolliert den gesamten Reiseverkehr zwischen dem Westjordanland und dem Ausland. Israel kontrolliert auch den gesamten Personenverkehr in den Gazastreifen und aus dem Gazastreifen in den Rest der besetzten Gebiete und nach Israel über den Erez-Übergang, den Personenübergang von Gaza nach Israel. (Die ägyptischen Behörden halten auch strenge ägyptische Beschränkungen für den Rafah-Übergang zwischen Gaza und Ägypten aufrecht). Mit Ausnahme von Ostjerusalemern, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Israel haben, können Palästinenser aus den OPT nicht über israelische Flughäfen ins Ausland reisen, es sei denn, sie erhalten eine Sondergenehmigung, die nur an hochrangige Geschäftsleute und in humanitären Ausnahmefällen erteilt wird.

Das israelische Militär und die Sicherheitskräfte können Palästinensern aus dem Westjordanland Reisen ins Ausland verbieten, oft auf der Grundlage "geheimer Informationen", die von den Palästinensern nicht überprüft und daher nicht angefochten werden können. Von diesen Verboten sind Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten betroffen, die ins Ausland reisen, um sich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen.

Für Palästinenser im Gazastreifen sind Reisen ins Ausland aufgrund der illegalen israelischen Blockade und der strengen ägyptischen Beschränkungen am Grenzübergang Rafah nahezu unmöglich. Um den Gazastreifen über den Erez-Übergang zu verlassen, müssen die Palästinenser eine offizielle Genehmigung der israelischen Zivilverwaltung einholen, die nur in seltenen Ausnahmefällen erteilt wird. Dadurch sind die Palästinenser im Gazastreifen vom Rest der besetzten Gebiete, von Israel und dem Rest der Welt abgeschnitten.

Palästinensische Bürger Israels und palästinensische Einwohner Ost-Jerusalems dürfen über dieselben Grenzübergänge und Häfen ins Ausland reisen wie jüdische Bürger. Sie berichten jedoch, dass sie auf

israelischen Flughäfen nach wie vor diskriminierenden und erniedrigenden Sicherheitskontrollen und Verhören aufgrund ihrer nationalen Identität ausgesetzt sind, auch wenn aufgrund einer 2007 von einer israelischen Menschenrechts-NRO eingereichten Petition einige Verbesserungen eingeführt wurden. Darüber hinaus verbieten die israelischen Behörden weiterhin Tausenden von palästinensischen Ehepartnern aus den besetzten Gebieten, die sich mit einer militärischen "Aufenthaltsgenehmigung" rechtmäßig in Israel aufhalten, das gleiche Recht in Anspruch zu nehmen.

Für Palästinenser ist das Reisen innerhalb der besetzten Gebiete schwierig, zeitaufwändig und wird israelischen strategischen Überlegungen untergeordnet, die jüdische Siedlungen und die damit verbundene Infrastruktur begünstigen. In diesem Sinne wird das Gefühl der Machtlosigkeit und der Beherrschung im täglichen Leben der Palästinenser aufrechterhalten. Nach dem Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 verhängte Israel ein umfassendes Sperrsystem für die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland, das in verschiedenen Formen weiterhin in Kraft ist. Dieses Abriegelungssystem umfasst ein Netz von Hunderten von israelischen Militärkontrollpunkten, Erdwällen und Straßentoren sowie gesperrte Straßen und den gewundenen Zaun/die Mauer.

Der 700 km lange Zaun/Mauer, den Israel größtenteils illegal auf palästinensischem Land im besetzten Westjordanland errichtet, hat 38 palästinensische Ortschaften im Westjordanland isoliert, die 9,4 % der Fläche des Westjordanlandes ausmachen, und sie in Enklaven eingeschlossen, so dass die Bewohner gezwungen sind, Sonder-genehmigungen für die Ein- und Ausreise zu ihren Häusern zu erhalten und separate Genehmigungen für den Zugang zu ihren landwirtschaftlichen Flächen zu erwerben.

Israel hat Frauen über 50 und Männern über 55 aus dem Westjordanland im Allgemeinen die Einreise nach Jerusalem oder Israel ohne Genehmigung gestattet, allerdings nur, wenn sie nicht mit einem "Sicherheits"-Vermerk oder einem Verbot belegt sind. Dagegen können Palästinenser aus dem Gazastreifen das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, nur aus dringenden und lebensbedrohlichen medizinischen Gründen, für wichtige Geschäftsangelegenheiten und in humanitären Ausnahmefällen im Rahmen der militärischen "Trennungspolitik" Israels zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen betreten. Palästinenser müssen eine israelische Militärgenehmigung einholen - was praktisch unmöglich geworden ist -, um zwischen den Gebieten zu reisen, ohne dass es ein klares Verfahren für die Antragstellung oder die Erteilung einer Genehmigung gibt.

Die Genehmigungsregelung ist ein militärisches, bürokratisches und willkürliches Verfahren, das nur für Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen gilt. Es gilt nicht für jüdische Siedler, israelische Staatsbürger oder ausländische Staatsangehörige, die sich im Allgemeinen innerhalb des Westjordanlands und zwischen dem Westjordanland und Israel frei bewegen können.

EINSCHRÄNKUNGEN DES RECHTS AUF POLITISCHE BETEILIGUNG

Während die israelischen Gesetze und die israelische Politik den Staat als demokratisch bezeichnen, sorgt die Fragmentierung des palästinensischen Volkes dafür, dass die israelische Version der Demokratie in erster Linie die politische Beteiligung jüdischer Israelis begünstigt. Darüber hinaus wird die Vertretung der palästinensischen Bürger Israels im Entscheidungsprozess, vor allem in der Knesset, durch eine Reihe israelischer Gesetze und Maßnahmen eingeschränkt und untergraben.

Am wichtigsten ist, dass das israelische Verfassungsrecht israelische Bürger daran hindert, die Definition Israels als jüdischer Staat und alle Gesetze, die eine solche Identität begründen, anzufechten. Palästinensische Bürger Israels können zwar wählen und bei nationalen Wahlen kandidieren, in der Praxis ist ihr Recht auf politische Teilhabe jedoch eingeschränkt, und sie werden weiterhin als "Feind im Innern" wahrgenommen.

Nach Israels Grundgesetz: ‚Die Knesset von 1958‘ kann der Zentrale Wahlausschuss eine Partei oder einen Kandidaten von der Teilnahme an den Wahlen ausschließen, wenn deren Ziele oder Aktionen darauf abzielen, die Definition Israels als jüdischer und demokratischer Staat zu negieren, zum Rassismus aufzustacheln oder den bewaffneten Kampf eines feindlichen Staates oder einer terroristischen Organisation gegen Israel zu unterstützen. Darüber hinaus ist die Eintragung einer Partei, deren Ziele oder Aktionen entweder direkt oder indirekt "die Existenz Israels als jüdischer und demokratischer Staat" leugnen, nach dem Parteiengesetz von 1992 verboten.

Im Laufe der Jahre hat der Oberste Gerichtshof in der Regel Versuche des Zentralen Wahlausschusses abgelehnt, palästinensische Parteien zu verbieten und palästinensische Kandidaten zu disqualifizieren, weil sie gegen diese Bestimmungen verstoßen hatten, indem sie in öffentlichen Erklärungen Ansichten zum Ausdruck brachten, die für die Mehrheit der Knessetmitglieder nicht akzeptabel waren. Diese Bestimmungen hindern jedoch palästinensische Abgeordnete daran, Gesetze anzufechten, die die jüdisch-israelische Vorherrschaft über die palästinensische Minderheit kodifizieren, und schränken ihre Meinungsfreiheit unangemessen ein, so dass sie nicht in der Lage sind, die Anliegen ihrer Wählerschaft wirksam zu vertreten.

Die Einschränkung des Rechts der palästinensischen Bürger Israels, an Wahlen teilzunehmen, geht mit anderen Verletzungen ihrer bürgerlichen und politischen Rechte einher, die das Ausmaß ihrer Teilnahme am politischen und sozialen Leben Israels begrenzen. Dazu gehören rassistisch motivierte Polizeieinsätze bei Protesten, willkürliche Massenverhaftungen und die Anwendung rechtswidriger Gewalt gegen Demonstranten bei Demonstrationen gegen die israelische Unterdrückung sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten. Diese Maßnahmen, die sich gegen friedliche Demonstranten richten, sollen von weiteren Demonstrationen abhalten und abweichende Meinungen unterdrücken. Palästinenser werden bei ihrer Verhaftung routinemäßig in Untersuchungshaft genommen, während jüdische Demonstranten in der Regel gegen Kautionsfreigabe werden. Dies deutet auf eine diskriminierende Behandlung von Palästinensern durch das Strafrechtssystem hin, das Palästinenser als "Verdächtige" zu behandeln scheint, anstatt die individuelle Bedrohung zu bewerten, die sie darstellen.

Israel schränkt die bürgerlichen und politischen Rechte der Palästinenser stark ein, insbesondere im Westjordanland, wo militärische Befehle noch immer durchgesetzt werden. Die israelischen Behörden haben seit 1967 mehr als 400 palästinensische Organisationen verboten, darunter alle großen politischen Parteien und mehrere prominente zivilgesellschaftliche Organisationen, die für die Bereitstellung lebenswichtiger Dienste wie Rechtshilfe und medizinische Versorgung sowie für die Qualität ihrer Berichterstattung und ihres Einsatzes für die Menschenrechte weithin anerkannt sind, zuletzt im Oktober 2021. Darüber hinaus verfolgen die israelischen Behörden Palästinenser häufig wegen "Mitgliedschaft und Aktivität in einer ungesetzlichen Vereinigung", ein Vorwurf, der häufig gegen Besatzungsgegner erhoben wird. Im Laufe der Jahre wurden zahlreiche palästinensische Gesetzgeber verhaftet und in Verwaltungshaft genommen oder vor Militärgerichten in Verfahren angeklagt, die nicht den internationalen Standards entsprechen. Gleichzeitig werden Palästinenser durch die Militärverordnung 101 über das Verbot von Aufwiegelung und feindseligen Propagandaaktionen bestraft und kriminalisiert, wenn sie ohne Genehmigung an einer Versammlung von zehn oder mehr Personen zu einem Thema teilnehmen oder eine solche organisieren, das "als politisch ausgelegt werden kann". Der Erlass, in dem nicht definiert wird, was unter "politisch" zu verstehen ist, verbietet effektiv Proteste, einschließlich friedlicher Proteste, und sieht für jeden, der dagegen verstößt, eine Haftstrafe von bis zu 10 Jahren und/oder hohe Geldstrafen vor.

Palästinenser in Ostjerusalem hingegen können weder in Israel noch im Westjordanland am politischen Leben teilnehmen. Obwohl sie bei den Kommunalwahlen in Jerusalem wählen und kandidieren können, haben sie diese aus Protest gegen Israels anhaltende Besetzung und illegale Annexion Ostjerusalems traditionell boykottiert, und sie bleiben von den nationalen Wahlen ausgeschlossen.

Infolgedessen bleiben Proteste für Palästinenser das einzige Mittel, um die israelische Politik zu beeinflussen und das System der Unterdrückung und Herrschaft in den OPT in Frage zu stellen. Die Palästinenser in den OPT haben im Laufe der Jahre gewaltlosen Widerstand gegen die militärische Besetzung und den Ausbau der Siedlungen durch Israel mobilisiert und organisiert, der systematisch mit übermäßiger und rechtswidriger Gewalt, willkürlichen Verhaftungen und Verfolgung vor Militärgerichten sowie unzulässigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit beantwortet wurde.

Trotz des "Rückzugs" im Jahr 2005 sind die Palästinenser im Gazastreifen nach wie vor israelischen Repressionen ausgesetzt, weil sie sich gegen die Besetzung zur Wehr setzen. Bei Protesten in der Nähe des Zauns, der den Gazastreifen von Israel trennt, kam es unter anderem zu exzessiver und oft tödlicher Gewalt.

ENTEIGNUNG VON LAND UND EIGENTUM

Das Gesetz (Gesetz über die Übertragung von Eigentum) von 1950; das Gesetz über den Landerwerb von 1953, das rückwirkend die Enteignung von Land "legalisierte", das der Staat oder neu gegründete jüdische

Gemeinden und die israelische Armee nach dem Konflikt von 1947-49 mit Hilfe von Notverordnungen unter ihre Kontrolle gebracht hatten; und die britische Land (Acquisition for Public Purposes) Ordinance (Verordnung) von 1943, die es dem Finanzminister ermöglichte, Land für jeden öffentlichen Zweck zu enteignen. Diese Gesetze, die nach wie vor in Kraft sind, trugen maßgeblich zur Enteignung und zum Erwerb von palästinensischem Land und Eigentum bei und führten im Laufe der Jahre zu dessen ausschließlicher Inbesitznahme durch den israelischen Staat und jüdische nationale Einrichtungen. Seit der Annexion Ostjerusalems im Jahr 1967 wurde das gesamte israelische Bodenrecht in Ostjerusalem für die Enteignung palästinensischen Landes und dessen Umwandlung hauptsächlich in staatliches Land genutzt. Die israelischen Behörden haben darüber hinaus weitere rechtliche Instrumente erlassen, die die palästinensischen Land- und Wohnrechte in Ostjerusalem beeinträchtigen.

Mit dem Gesetz über das Eigentum von Abwesenden wurde dem Staat die Kontrolle über das gesamte Eigentum von Palästinensern übertragen, die vertrieben wurden oder aus ihrer Heimat geflohen sind, unabhängig davon, ob sie zu Flüchtlingen außerhalb des Landes wurden oder ob sie aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben wurden und sich innerhalb Israels niedergelassen haben, meist in nahe gelegenen palästinensischen Dörfern. Sie wurden als "Abwesende" eingestuft, obwohl sie nie eine internationale Grenze überschritten hatten und in vielen Fällen nur wenige Kilometer von ihren Häusern und ihrem Land entfernt blieben.

Die Zerstörung des palästinensischen Dorfes Iqrit in der Nähe von Akko im Norden Israels ist ein deutliches Beispiel für die grausame Anwendung dieser Politik. Im Jahr 1948 wies die israelische Armee etwa 600 Bewohner von Iqrit an, ihre Häuser "vorübergehend" zu verlassen. Sie durften niemals zurückkehren. Die Bewohner reichten eine Petition beim Obersten Gerichtshof Israels ein, um ihr Recht auf Rückkehr zu erhalten, und gewannen. Das israelische Verteidigungsministerium weigerte sich jedoch, die Entscheidung umzusetzen, da es befürchtete, dass damit ein Präzedenzfall für die Rückkehr anderer Palästinenser geschaffen würde, die aus ihren Dörfern vertrieben worden waren. Daher zerstörte das Ministerium 1951 das Dorf bis auf die Kirche und den Friedhof. Die palästinensische Gemeinde von Iqrit besteht heute aus rund 1 500 Personen, die größtenteils im 20 km entfernten Al-Rameh leben. Sie kämpfen weiterhin für ihr Recht auf Rückkehr in ihre Häuser und auf ihr Land in Iqrit.

Parallel zur direkten Landenteignung durch die israelische Regierung wurden alle jüdischen Grundstücke im annektierten Ostjerusalem aus der Zeit vor 1948, die sich im Besitz der jordanischen Treuhandanstalt für feindliches Eigentum befanden, im Rahmen einer Änderung des Gesetzes über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten von 1970 an die israelische Generaltreuhandanstalt übertragen. Das Gesetz ermöglichte es den ursprünglichen jüdischen Eigentümern oder ihren rechtmäßigen Erben, die Generaltreuhandanstalt um die Rückgabe dieser Immobilien zu ersuchen. Es gilt nur für jüdische Eigentümer, nicht aber für Palästinenser, deren Grundstücke in Westjerusalem nach 1948 beschlagnahmt wurden, und stellt eine eindeutig diskriminierende Entschädigungsregelung dar.

Einer Schätzung zufolge hat Israel mehr als 10.000 Geschäfte, 25.000 Gebäude und fast 60 % des fruchtbaren Landes enteignet, das palästinensischen Flüchtlingen in Israel und Ostjerusalem aufgrund des Gesetzes über das Eigentum der Abwesenden gehört.

Neben der Zuteilung von konfisziertem palästinensischem Land durch den israelischen Staat zur Förderung der jüdischen Besiedlung Jerusalems haben sich jüdische Siedlerorganisationen wie Ateret Cohanim und Elad auf das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden aus dem Jahr 1950 und das Gesetz über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten aus dem Jahr 1970 gestützt, um ein juristisches System zu entwickeln, mit dem sie Räumungsklagen gegen Palästinenser anstrengen und sie ihres Eigentums berauben können, um jüdischen Siedlern die Ansiedlung in überwiegend palästinensischen Vierteln zu ermöglichen und den Ausbau jüdischer Siedlungen voranzutreiben. Nach Schätzungen des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) waren im Jahr 2019 199 palästinensische Familien mit 877 Personen von Räumungsklagen betroffen, vor allem in der Altstadt und den Vierteln Sheikh Jarrah und Silwan. Der Land- und Eigentumsraub durch Siedlerorganisationen fand mit Unterstützung staatlicher Institutionen statt, darunter der Generalverwalter, der Jüdische Nationalfonds und die Justiz.

Israel griff auf Notstands- und Militärgesetze zurück, von denen einige die israelischen Zivilgesetze widerspiegeln, um palästinensisches Land im übrigen Westjordanland und bis zu seinem einseitigen Rückzug im Jahr 2005 auch im Gazastreifen zu konfiszieren, und um seine Kontrolle über das Gebiet durch den Bau und die Ausweitung von Siedlungen und der damit verbundenen Infrastruktur, die Einrichtung von Nationalparks, archäologischen Stätten und militärischen "Schießzonen" herzustellen und aufrechtzuerhalten. In den ersten zehn Jahren der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens konfiszierten die israelischen Behörden privates palästinensisches Land, vor allem durch Beschlagnahmungsanordnungen für angebliche militärische Zwecke, aber auch durch Enteignungsanordnungen, Verfügungen über abwesendes Eigentum und militärische Anordnungen, mit denen bestimmte Gebiete zu "militärischen Sperrzonen" erklärt wurden. Diese Maßnahmen wurden vom Obersten Gerichtshof Israels legitimiert, der die Frage der Rechtmäßigkeit der Siedlungen letztlich für nicht justiziabel erklärte.

Zusätzlich zu den Gesetzen hat Israel eine selektive Registrierung von Eigentumsrechten, eine diskriminierende Zuteilung von enteignetem palästinensischem Land für jüdische Siedlungen und ein diskriminierendes Stadtplanungs- und Flächennutzungssystem eingesetzt, um Palästinenser gewaltsam von ihrem Land und ihren Besitztümern zu vertreiben. Das Ergebnis war die vorsätzliche Verarmung der palästinensischen Bevölkerung sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten.

Das Verfahren zur Vergabe von Landtiteln, das unter dem britischen Mandat vor 1948 eingeleitet wurde, wurde zu einem zusätzlichen Instrument für Israels Enteignung von Palästinensern in allen territorialen Bereichen und ermöglichte es den israelischen Behörden schließlich, Millionen von Dunam (Hunderttausende von Hektar) staatliches Land an jüdische Siedlungen zu übertragen. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1979, in der die Siedlung Elon Moreh in der Nähe der Stadt Nablus im

Westjordanland als illegal eingestuft wurde, weil sie nicht militärisch genutzt wurde, verfolgten die israelischen Behörden diese Politik in den besetzten Gebieten mit Nachdruck.

Parallel dazu ermöglichte die israelische Regierung jüdischen Gemeinden und Siedlungen die Nutzung der enteigneten Flächen. In Israel und Ostjerusalem übertrug sie das Land vom Staat auf jüdische nationale Organisationen und Institutionen, von denen viele nur Juden dienen, während der rechtliche Titel des Landes beim Staat blieb. In den übrigen Gebieten der besetzten Gebiete hat die israelische Regierung eine Politik verfolgt, die die Zuweisung von staatlichem Land fast ausschließlich an staatliche israelische Einrichtungen und Organisationen sowie an staatliche und private Unternehmen zum Nutzen jüdischer israelischer Siedler ermöglichte.

Staatliches Land in Israel wird weitgehend für die Entwicklung jüdischer Städte und Ortschaften genutzt; palästinensische Bürger Israels können 80 % des staatlichen Landes nicht pachten. Jüdische staatliche Einrichtungen verpachten in der Regel kein Land an Nicht-Juden und akzeptieren sie nicht in den Wohnprojekten und/oder Gemeinden, die sie auf staatlichem Land errichten, das speziell für neue jüdische Einwanderer erschlossen wurde. Etwa 13 % des staatlichen Grund und Bodens in Israel, d. h. über 2,5 Millionen Dunam, befinden sich im Besitz des Jüdischen Nationalfonds und werden von diesem ausschließlich für die Nutzung durch Juden verwaltet.

Die Errichtung und Förderung israelischer Siedlungen in den völkerrechtlich illegalen besetzten Gebieten und deren Besiedlung mit jüdischen israelischen Zivilisten ist seit 1967 Politik der israelischen Regierung. Bis heute wurden etwa 38 % des Bodens in Ostjerusalem von Palästinensern enteignet, der größte Teil davon aus Privatbesitz. Die israelischen Behörden haben diese umfangreichen Landenteignungen für den Bau von 13 jüdisch-israelischen Siedlungen an strategischen Standorten genutzt, um palästinensische Viertel zu umzingeln und somit die geografische Kontinuität und die Stadtentwicklung der Palästinenser zu stören.

Im übrigen Westjordanland vergrößerte Israel zwischen 1967 und 2009 die Gesamtfläche des staatlichen Bodens von etwa 530.000 Dunam auf 1,4 Millionen Dunam, von denen sich der größte Teil im Gebiet C befindet, und wies fast die Hälfte davon der zivilen Nutzung zu. Davon wurden etwa 99,76 % (674.459 Dunam) ausschließlich für israelische Siedlungen bereitgestellt, wie aus Informationen hervorgeht, die das israelische Militär 2018 der israelischen NRO Peace Now zur Verfügung stellte. Heute bedecken die israelischen Siedlungen fast 10 % des Westjordanlandes, und ihre Regionalräte sind für etwa 63 % des Gebiets C (oder 40 % des Westjordanlandes) zuständig, in dem die meisten Siedler leben. Ende 2020 gab es 272 Siedlungen und Außenposten im Westjordanland (ohne Ostjerusalem), in denen über 441.600 israelische Siedler lebten. Im Juli 2021 lebten zusätzlich 225.178 jüdische israelische Siedler in Ostjerusalem, wo zu diesem Zeitpunkt 358.800 Palästinenser lebten.

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, sind als ständige Wohnorte oder Wirtschaftsstandorte für jüdische Israelis gedacht und werden ausschließlich für deren Bedürfnisse gebaut. Die israelischen Behörden stellen Subventionen, Steueranreize und kostengünstige Versorgungsleistungen

und Ressourcen bereit, um jüdische Israelis zu ermutigen, an diesen Orten zu leben und die Siedlungswirtschaft zu unterstützen.

Israel beschlagnahmt zwar keine Häuser und Grundstücke von Palästinensern im Gazastreifen mehr, setzt aber rechtswidrige tödliche Gewalt ein, um die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in der "Pufferzone", die das Gebiet von Israel trennt, und in einem ebenfalls zugangsbeschränkten Seegebiet vor der Küste des Gazastreifens zu kontrollieren und einzuschränken. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen erstreckt sich die "Pufferzone" in einer Entfernung zwischen 300 und 1.500 Metern vom Zaun und umfasst insgesamt etwa 62km², d. h. rund 17 % der Gesamtfläche des Gazastreifens. Sie umfasst über 35 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Gazastreifens. Die Einschränkungen der Fischereigewässer des Gazastreifens betragen 85 %.

DISKRIMINIERENDE FLÄCHENNUTZUNGS- UND PLANUNGSPOLITIK

Zusammen mit dem System des Landbesitzes und der Landzuteilung spielen die Raumordnungs- und Planungspolitik eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der israelischen Politik, die darauf abzielt, eine jüdische Kontrolle zu etablieren und gleichzeitig die palästinensischen Gemeinschaften sowohl in Israel als auch in den OPT zu marginalisieren. Die Planung wurde eingesetzt, um die jüdisch-israelische Präsenz an strategischen Orten auszuweiten, jüdische Städte und Siedlungen zu errichten, die geografische Ausdehnung palästinensischer Städte und Zentren zu behindern und die Landnutzung und den palästinensischen Zugang zu Bauland durch die Ausweisung von Grünflächen, Industriegebieten oder Militärzonen zu regeln. Diese Planungen wurden beispielsweise dazu genutzt, palästinensische Ortschaften einzuschließen oder palästinensische Dörfer, die nach 1948 zerstört wurden, durch die Ausweisung als Militärzonen oder Nationalparks auszulöschen.

In allen Gebieten, in denen Israel die volle Kontrolle ausübt (in Israel, Ostjerusalem und C-Zone im Westjordanland), legt ein lokaler Rahmenplan die Politik für die Nutzung des Landes für Zwecke wie Wohnen, Industrie und Grünflächen fest, dient als Rechtsgrundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen und ist das wichtigste Instrument, mit dem die Zentralregierung die lokale Entwicklung ermöglicht. In Israel und Ostjerusalem kann ein lokaler Rahmenplan nur von einer offiziellen Regierungsbehörde gemäß dem Planungs- und Baugesetz von 1965 erstellt werden. Die staatlichen Planer versäumen es jedoch, angemessene Pläne für palästinensische Ortschaften zu erstellen, die die Bedürfnisse der Einwohner berücksichtigen.

Auch in der C-Zone im Westjordanland lässt das Planungssystem der israelischen Zivilverwaltung keine palästinensische Vertretung oder sinnvolle Beteiligung zu, so dass die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung nicht berücksichtigt werden und die Interessen der israelischen Siedler stets im Vordergrund stehen. Gleichzeitig legt die israelische Zivilverwaltung das jordanische Recht selektiv aus, um darauf zu

bestehen, dass die Planung den veralteten britischen Mandatsplänen entsprechen muss, und lehnt auf dieser Grundlage routinemäßig Anträge auf Baugenehmigungen ab.

Diese diskriminierenden Maßnahmen führen sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten zu nicht genehmigten Bauvorhaben und anschließenden Abrissen.

Das Ergebnis ist das völlige Fehlen neuer palästinensischer Siedlungen. Seit 1948 hat der Staat mehr als 700 jüdische Ortschaften in Israel errichtet, während er mit Ausnahme der staatlich geplanten Beduinenstädte im Negev/Naqab, die für die Zwangsumsiedlung von Beduinen vorgesehen sind, keine neuen Ortschaften für Palästinenser errichtet hat.

Nach einer Schätzung des Mossawa-Zentrums, einer Nichtregierungsorganisation, wurden 2019 rund 50 000 Gebäude von palästinensischen Bürgern Israels ohne Baugenehmigung errichtet. Nach dem Planungs- und Baugesetz von 1965 kann jedes Gebäude oder jede Anlage ohne Baugenehmigung von den zuständigen israelischen Behörden "abgerissen, demontiert oder entfernt" werden, und der Eigentümer kann für die Kosten des Abrisses haftbar gemacht werden oder für eine Geld- und/oder Haftstrafe bekommen. Zwischen 2012 und 2014 wurden 97 % der behördlichen Abrissverfügungen in dem von den israelischen Behörden als arabischer Sektor bezeichneten Gebiet ausgestellt, das hauptsächlich palästinensische Bürger Israels, aber auch die viel kleinere drusische Minderheit umfasst.

Der Negev/Naqab ist ein Paradebeispiel dafür, wie Israels diskriminierende Planungs- und Baupolitik darauf abzielt, Land und Ressourcen für jüdische Israelis auf Kosten der palästinensischen Land- und Wohnrechte zu maximieren. Anstatt die palästinensischen Beduinendörfer im Negev/Naqab als Wohngebiete auszuweisen, haben die israelischen Behörden seit den 1970er Jahren die Dörfer und das umliegende Land für militärische, industrielle oder öffentliche Zwecke ausgewiesen. Im Laufe der Jahre hat Israel 11 dieser Dörfer anerkannt, aber 35 bleiben "nicht anerkannt", da die Bewohner als "illegale Hausbesitzer" gelten und keine Baugenehmigung für ihre bestehenden oder neuen Häuser beantragen können, da die Grundstücke nicht als Wohngebiete ausgewiesen sind. Die Gebäude ganzer Gemeinden wurden infolgedessen wiederholt abgerissen. Im Gegensatz dazu haben israelische Gerichte rückwirkend jüdische Gemeinden genehmigt, die ohne Baupläne und Baugenehmigungen in demselben Gebiet errichtet wurden. Der fehlende offizielle Status bedeutet auch, dass die israelischen Behörden diesen Dörfern keine wesentlichen Infrastrukturen oder Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge oder Bildung zur Verfügung stellen, und die Bewohner haben keine Vertretung in den verschiedenen lokalen Regierungsgremien, da sie sich nicht zu Kommunalwahlen anmelden oder daran teilnehmen können.

Auch die bewusste Weigerung, Flächennutzungspläne für palästinensische Viertel in Ostjerusalem zu genehmigen, hat sich ruinös auf die palästinensischen Gemeinden ausgewirkt und ihre Entwicklung behindert, einschließlich des Baus von öffentlichen Räumen, Schulen und Gewerbegebieten. Die Palästinenser leben in unterentwickelten und dicht besiedelten Gebieten in Ostjerusalem; sie sind mit einem akuten

Wohnungsmangel konfrontiert, während ganze Stadtteile dem Risiko ausgesetzt sind, wegen ungenehmigter Bauvorhaben abgerissen zu werden.

Die Palästinenser stellen heute 60 % der Bevölkerung Ostjerusalems, aber nur 15 % des Landes sind von den israelischen Planungsbehörden für palästinensischen Wohnraum vorgesehen, 2,6 % davon für öffentliche Gebäude. Nach Angaben von Peace Now waren von 1991 bis 2018 nur 16,5 % der in Jerusalem genehmigten Bauanträge für Palästinenser in Ostjerusalem bestimmt, verglichen mit 37,8 % für jüdische Siedlungen in Ostjerusalem. Die übrigen genehmigten Anträge betrafen Westjerusalem.

In der C-Zone des Westjordanlandes bedeutet das zutiefst diskriminierende Stadtplanungs- und Flächennutzungssystem, dass die Palästinenser in der Praxis nur etwa 0,5 % (etwa 1 800 Hektar) der C-Zone bebauen dürfen, von denen der größte Teil bereits bebaut ist. Dagegen haben die israelischen Behörden 70 % des Landes in der C-Zone für Siedlungen bereitgestellt. Im Juli 2019 versprach das israelische Sicherheitskabinett, Baugenehmigungen für 715 Wohneinheiten für Palästinenser zu erteilen. Im Gegensatz dazu versprach es Baugenehmigungen für 6.000 Wohneinheiten für jüdische Siedler. Bis Ende Juni 2020 war nur eine einzige Baugenehmigung für Palästinenser erteilt worden. Im Gegensatz dazu wurden zwischen Juli 2019 und März 2020 1.094 Baugenehmigungen für jüdische Siedlungen erteilt.

UNTERDRÜCKUNG DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG DER PALÄSTINENSER

Die jahrzehntelange, bewusst ungleiche Behandlung von Palästinensern in allen von Israel kontrollierten Gebieten hat dazu geführt, dass Palästinenser an den Rand gedrängt werden und einer weit verbreiteten und systematischen sozioökonomischen Benachteiligung ausgesetzt sind, da ihnen der gleichberechtigte Zugang zu natürlichen und finanziellen Ressourcen, Lebensunterhaltungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und Bildung verwehrt wird. Die diskriminierende Behandlung und Zuweisung von Ressourcen durch die israelischen Behörden zugunsten jüdischer israelischer Bürger in Israel und israelischer Siedler in den besetzten Gebieten verschärft die Ungleichheiten vor Ort.

In ganz Israel und den besetzten Gebieten leben Millionen von Palästinensern in dicht besiedelten Gebieten, die im Allgemeinen unterentwickelt sind und in denen es an angemessenen grundlegenden Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Elektrizität, öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Wasser- und Abwasserinfrastruktur fehlt. In Gebieten, die vollständig unter israelischer Kontrolle stehen, wie dem Negev/Naqab, Ostjerusalem und der C-Zone im Westjordanland, ist die Verweigerung grundlegender Dienstleistungen untrennbar mit einer diskriminierenden Planungs- und Raumordnungspolitik verbunden und zielt darauf ab, unerträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, um Palästinenser zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen, um die Ausweitung der jüdischen Siedlungen zu ermöglichen. Darüber hinaus bedeutet die israelische Politik der Ausgrenzung, Trennung und strengen Bewegungsbeschränkungen im gesamten Westjordanland und im Gazastreifen, dass Palästinenser Schwierigkeiten beim Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich lebensrettender

Behandlungen, und zu Bildung haben, obwohl Israel nach internationalem Recht verpflichtet ist, diese Dienstleistungen nicht nur für seine eigene Bevölkerung, sondern auch für die unter seiner militärischen Besatzung lebenden Palästinenser bereitzustellen. Wenn es ihnen gelingt, Zugang zu diesen Leistungen zu erhalten, sind sie im Allgemeinen schlechter als die Leistungen für jüdische israelische Bürger. Diese Politik hat schwerwiegende Auswirkungen auf die sozioökonomischen Rechte der Palästinenser und hindert sie daran, ihr menschliches Potenzial auszuschöpfen.

Die in Israel und den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser sind bei allen Indikatoren für das Wohlergehen, für die es Messungen gibt, eindeutig benachteiligt. Sie haben höhere Armutsquoten und ein niedrigeres Niveau der Erwerbsbeteiligung, des Bildungsniveaus und der Gesundheit als jüdische Israelis, einschließlich der im besetzten Westjordanland lebenden Siedler. Dass sie eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Rechte nicht wahrnehmen können, ist nicht nur eine direkte Folge ihrer Trennung von den jüdischen Israelis, sondern auch der gegenseitigen Abschottung durch strenge Bewegungsbeschränkungen und die Unterordnung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser unter die sozioökonomischen Interessen der jüdischen Israelis. Israel hält die jüdische Vorherrschaft über die palästinensische Wirtschaft aufrecht, indem es palästinensische Gemeinden innerhalb Israels ausgrenzt und absichtlich vernachlässigt und in den besetzten Gebieten im Kontext einer lang anhaltenden militärischen Besatzung ein Regime der wirtschaftlichen Abhängigkeit schafft.

Die sozioökonomische Kluft zwischen palästinensischen und jüdischen israelischen Bürgern ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen diskriminierenden Politik. In der Vergangenheit hat Israel seinen palästinensischen Bürgern während seiner 18-jährigen Militärherrschaft den Zugang zu angemessener Existenzsicherung verwehrt und sie zu verschiedenen Zeiten als billige Arbeitskräfte benutzt, um die Interessen der jüdischen Mehrheit zu wahren. Neben der grausamen Beschlagnahme von Land haben auch andere diskriminierende Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligung der Palästinenser geführt: der Ausschluss palästinensischer Ortschaften als vorrangige Entwicklungsgebiete, die diskriminierende Zuteilung von Land und Wasser für die Landwirtschaft sowie die diskriminierende Planung und Gebietseinteilung und die Nichtumsetzung wichtiger Infrastrukturentwicklungsprojekte in palästinensischen Gemeinden.

Ohne Flächennutzungspläne waren die palästinensischen Gemeinden nicht in der Lage, Land für Wohn- und Industierzwecke auszuweisen oder die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Infrastruktur zu schaffen. Heute befinden sich nur 2 % der Industriegebiete in Israel, die ein beträchtliches Steueraufkommen generieren, in palästinensischen Gemeinden, die durch öffentliche Verkehrsmittel oder Hauptstraßen nur schlecht mit anderen Teilen Israels verbunden sind. Infolgedessen fehlt den palästinensischen Gemeinden in Israel die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Infrastruktur, so dass die palästinensische Bevölkerung gezwungen ist, im jüdischen Sektor Arbeit zu suchen, wo sie im Wettbewerb um Arbeitsplätze institutionell diskriminiert wird.

Sie werden auch bei der Zuteilung öffentlicher Mittel diskriminiert, die größtenteils an jüdische Gemeinden vergeben werden. So nehmen die palästinensischen Gebietskörperschaften beispielsweise weniger Steuern ein, was größtenteils auf die ungleichen Einnahmen aus Nichtwohnungs- oder Gewerbesteuern zurückzuführen ist, die wiederum das Ergebnis der diskriminierenden israelischen Politik sind.

Palästinensische Kommunen erhalten auch geringere Subventionen von der Zentralregierung, die für bestimmte Ausgaben wie Bildung, Wohlfahrt, Gesundheit und kulturelle Dienstleistungen bestimmt sind. Laut einer Erhebung des israelischen Zentralamts für Statistik aus dem Jahr 2018 waren die monatlichen öffentlichen Ausgaben für Bildung und Kultur im jüdischen Sektor pro Kopf fast dreimal so hoch wie im (überwiegend palästinensischen) arabischen Sektor.

In den besetzten Gebieten hat Israels Politik der territorialen Fragmentierung und Trennung, die im Kontext einer lang anhaltenden militärischen Besatzung verfolgt wird, verheerende Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der palästinensischen Wirtschaft, so dass diese abgekoppelt, schwach und den geodemografischen Zielen Israels untergeordnet ist und keine nachhaltige und faire Entwicklung für die palästinensische Bevölkerung erreichen kann. Zwar hat sich die Lage in den besetzten Gebieten in den letzten Jahrzehnten in Bezug auf einige soziale Rechte verbessert, darunter die Müttersterblichkeit, das Alphabetisierungs- und Bildungsniveau und die Impfraten, aber im Allgemeinen stagniert der Lebensstandard oder verschlechtert sich, wobei der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Bildung und Wohnraum besonders betroffen ist.

Das Pariser Protokoll von 1994 zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) verfestigte die Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel durch eine Zollunion, die keinen Raum für eine unabhängige palästinensische Wirtschaftspolitik lässt und die besetzten Gebieten an die Handelspolitik, die Tarifstruktur und den Mehrwertsteuersatz Israels bindet. Seit 1999 ist das palästinensische Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den besetzten Gebieten praktisch stagniert. Die palästinensische Wirtschaft leidet unter zahlreichen israelischen Handelsbeschränkungen, die sich auf die Produktion von Exporten und importierbaren Waren auswirken. Fast alle palästinensischen Importe und Exporte passieren von Israel kontrollierte Häfen und Grenzübergänge, wo Verzögerungen und Sicherheitsmaßnahmen die Kosten um durchschnittlich 538 USD pro Sendung erhöhen, was zu einem erheblichen und anhaltenden Handelsdefizit führt.

Darüber hinaus hat Israel 2007 eine Politik des "doppelten Verwendungszwecks" eingeführt, die die Einfuhr von Gütern einschränkt, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden können, einschließlich Chemikalien und Technologie. Die Liste der 117 zulässigen Güter ist vage und umfasst Kategorien wie "Kommunikationsausrüstung, kommunikationsunterstützende Ausrüstung oder Ausrüstung mit Kommunikationsfunktionen", zu denen auch Alltagsgegenstände wie Haushaltsgeräte und medizinische Geräte gehören können. Diese Politik gilt nur für palästinensische Importeure im Westjordanland und im Gazastreifen, nicht aber für ihre israelischen Kollegen oder sogar für israelische Siedler in den besetzten Gebieten. Sie hatte verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft im Allgemeinen, insbesondere auf die

Landwirtschaft, die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und das verarbeitende Gewerbe, und hatte insbesondere im Gazastreifen katastrophale Folgen.

Durch die physische Abtrennung Ost-Jerusalems vom übrigen Westjordanland haben die israelischen Behörden seit der zweiten Intifada den Zugang der Palästinenser zum Lebensunterhalt behindert und die Rolle der Stadt als wichtigstes Handelszentrum des Westjordanlandes erheblich eingeschränkt. Nach Angaben der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) schrumpfte die palästinensische Wirtschaft in Ostjerusalem zwischen 1993 und 2013 um rund 50 %, während der Zaun/die Mauer den Palästinensern in Ostjerusalem in den ersten zehn Jahren seit Baubeginn direkte Verluste in Höhe von über 1 Mrd. USD verursachte. Anderswo im Westjordanland kosten die israelischen Bewegungseinschränkungen die Palästinenser nach Angaben des palästinensischen Zentralbüros für Statistik 60 Millionen verlorene Arbeitsstunden pro Jahr (was 274 Millionen USD entspricht).

Die Blockade und die wiederholten israelischen Militäroffensiven haben der lebenswichtigen Infrastruktur des Gazastreifens einen hohen Tribut abverlangt und das Gesundheitssystem und die Wirtschaft weiter geschwächt, so dass sich das Gebiet in einem Zustand ständiger humanitärer Krise befindet. Israels kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung des Gazastreifens, bei der es sich mehrheitlich um Kinder handelt, hat zu lebensfeindlichen Bedingungen geführt, da es an Wohnraum, Trinkwasser und Strom mangelt und der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und medizinischer Versorgung, Lebensmitteln, Bildungseinrichtungen und Baumaterialien fehlt.

Nach Angaben der UNCTAD ist der Anteil des Gazastreifens an der palästinensischen Wirtschaft zwischen 2007 und 2018 aufgrund der israelischen Blockade von 31 % auf 18 % gesunken. Infolgedessen wurden mehr als 1 Million Menschen unter die Armutsgrenze gedrängt, wobei die Armutsquote von 40 % im Jahr 2007 auf 56 % im Jahr 2017 anstieg. Dadurch wurde die Abhängigkeit von mehr als 80 % der Bevölkerung von internationaler Hilfe verfestigt.

Der durch die Blockade verursachte Zusammenbruch der Wirtschaft des Gazastreifens wurde durch vier israelische Militäroffensiven in den letzten 13 Jahren noch verschärft, bei denen ziviles Eigentum und wichtige Infrastrukturen wie Strom-, Wasser-, Abwasser- und Kläranlagen in großem Umfang zerstört wurden und mindestens 2 700 palästinensische Zivilisten getötet sowie Zehntausende verletzt und vertrieben wurden. In diesem Zeitraum haben bewaffnete palästinensische Gruppen Tausende von wahllosen Raketen auf israelische Städte und Ortschaften abgefeuert und dabei Dutzende von Zivilisten getötet oder verletzt. Im Jahr 2019 schätzte die UNCTAD die Kosten der drei israelischen Militäroperationen in Gaza zwischen 2008 und 2014 auf mindestens das Dreifache des BIP von Gaza.

Die strengen Bewegungsbeschränkungen wirken sich besonders nachteilig auf den Agrarsektor aus. Vor 1967 beschäftigte der Landwirtschaftssektor etwa ein Viertel der Arbeitskräfte im Westjordanland und trug etwa ein Drittel zum BIP und zu den Ausfuhren bei. Nach der Besetzung haben die israelischen Behörden den Palästinensern und ihrer Wirtschaft 63 % des fruchtbarsten und besten Weidelands in der C-Zone durch den

Bau von Siedlungen und des Zauns/der Mauer entzogen und die Bewegungsfreiheit der Palästinenser und die Möglichkeit, ihr Land zu betreten, stark eingeschränkt.

Der Zaun/die Mauer hat mehr als 10 % der Fläche des Westjordanlandes isoliert, wodurch 219 palästinensische Ortschaften direkt betroffen sind und etwa 80 % der palästinensischen Landwirte, die Land in der "Nahtstelle" zwischen dem Zaun/der Mauer und der Grünen Linie besitzen, den Zugang zu diesem Land verloren haben. Landwirte, die ihr Land in der "Saumzone" betreten wollen, benötigen eine militärische Genehmigung, die sie immer wieder erneuern müssen. Denjenigen, die eine solche Genehmigung erhalten, ist der Zugang nur zu Fuß und durch die auf der Genehmigung angegebenen landwirtschaftlichen Tore gestattet.

Darüber hinaus sorgt Israel dafür, dass mehr als 35 % der landwirtschaftlichen Flächen im Gazastreifen und 85 % der Fischereigebiete entlang der Küste des Gazastreifens für Palästinenser tabu sind, was durch die "Pufferzone" und das zugangsbeschränkte Seegebiet noch verstärkt wird. Schätzungsweise 178.000 Menschen, darunter 113.000 Landwirte, haben keinen Zugang mehr zu den landwirtschaftlichen Flächen in der "Pufferzone". Seit 2014 sprüht das israelische Militär aus der Luft Herbizide über palästinensische Kulturen entlang des Zauns zwischen dem Gazastreifen und Israel, was für die Bauern im Gazastreifen den Verlust ihrer Lebensgrundlage bedeutet und weitreichende gesundheitliche Folgen hat. Obwohl Israel behauptet, dass das Sprühen dazu dient, "optimale und kontinuierliche Sicherheitsmaßnahmen" zu ermöglichen, hat es keine Beweise für diese Behauptung vorgelegt.

Seit der Entdeckung von Öl- und Gasvorkommen vor der Küste des Gazastreifens hat Israel die Abgrenzung der Seeküste des Gazastreifens wiederholt geändert und sie manchmal auf nur 3 Seemeilen reduziert. Der fehlende Zugang zu ausreichenden Fischereigewässern betrifft schätzungsweise 65.000 Menschen im Gazastreifen und hat zur Verarmung von fast 90 % der Fischer geführt. Außerdem, geht die israelische Marine mit tödlicher Gewalt gegen Fischer aus dem Gazastreifen vor, die vor der Küste arbeiten, und versenkt und beschlagnahmt ihre Boote.

Die israelischen Behörden verweigern den Palästinensern nicht nur den Zugang zum Lebensunterhalt durch strenge Bewegungsbeschränkungen, sondern haben sich auch systematisch und unrechtmäßig die natürlichen Ressourcen der Palästinenser zum wirtschaftlichen Nutzen ihrer eigenen Bürger in Israel und in den Siedlungen angeeignet und damit gegen das Völkerrecht verstoßen. Israels Ausbeutung der palästinensischen natürlichen Ressourcen an fruchtbarem Ackerland, Wasser, Öl, Gas, Gestein und Mineralien vom Toten Meer beraubt die Palästinenser des gleichberechtigten Zugangs zu ihren eigenen Ressourcen sowie der Möglichkeit, diese zu verwalten, zu entwickeln und zu nutzen. Dadurch wird ihr Zugang zum Lebensunterhalt und zu sozioökonomischen Rechten, wie dem Recht auf Nahrung und einen angemessenen Lebensstandard, stark beeinträchtigt.

Israels Kontrolle über die Wasserressourcen und die wasserbezogene Infrastruktur in den OPT führt zu eklatanten Ungleichheiten zwischen Palästinensern und jüdischen Siedlern. Die israelischen Behörden schränken den Zugang der Palästinenser zu Wasser im Westjordanland durch militärische Anordnungen ein,

die sie daran hindern, neue Wasseranlagen zu bauen, ohne zuvor eine Genehmigung der israelischen Armee einzuholen. Sie dürfen keine neuen Brunnen bohren, keine Pumpen installieren oder bestehende Brunnen vertiefen, und der Zugang zum Jordan und zu Süßwasserquellen ist ihnen verwehrt. In den meisten Teilen des Westjordanlands kontrolliert Israel sogar das Sammeln von Regenwasser, und die israelische Armee zerstört häufig Regenwasserzisternen, die palästinensischen Gemeinden gehören. Im Gazastreifen ist der Aquifer (Wasserader) an der Küste durch die israelische Überförderung erschöpft und durch Abwässer und das Eindringen von Meerwasser verunreinigt, so dass mehr als 95 % des Wassers für den menschlichen Gebrauch ungeeignet ist.

Infolge dieser Politik liegt der durchschnittliche palästinensische Wasserverbrauch in den besetzten Gebieten bei etwa 70 Litern pro Tag und Person, wobei etwa 420.000 Menschen im Westjordanland 50 Liter pro Tag verbrauchen, weniger als ein Viertel des durchschnittlichen israelischen Verbrauchs von etwa 300 Litern pro Person. Für israelische Siedler, die in israelischen Siedlungen leben, beträgt der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch 369 Liter, etwa das Sechsfache des Verbrauchs der Palästinenser. Nach Angaben der Vereinten Nationen müssen 90 % der Haushalte im Gazastreifen, die ohnehin schon verarmt sind, Wasser aus Entsalzungs- oder Kläranlagen kaufen, die zwischen 10 und 30 Mal teurer sind als Leitungswasser.

Die israelische Regierung diskriminiert bei der Bereitstellung von Mitteln für das Gesundheitssystem für palästinensische Bürger Israels, obwohl diese einen schlechteren Gesundheitszustand haben als ihre jüdischen israelischen Mitbürger, und stellt den palästinensischen Beduinen, die in nicht anerkannten Dörfern im Negev/Naqab leben, keine Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung, so dass sie gezwungen sind, weite Strecken zurückzulegen, um medizinische Versorgung zu erhalten. Dies spiegelt sich in erheblichen gesundheitlichen Unterschieden zwischen der jüdischen und der (überwiegend palästinensischen) arabischen Bevölkerung wider, wobei letztere in den offiziellen Statistiken durchweg schlechter abschneidet. So war beispielsweise die Säuglingssterblichkeit bei arabischen Bürgern Israels (5,4 pro 1.000 Geburten) im Jahr 2019 mehr als doppelt so hoch wie bei jüdischen Israelis (2,4).

Im Westjordanland und im Gazastreifen beeinträchtigt die seit einem halben Jahrhundert andauernde militärische Besatzung Israels nicht nur den Gesundheitsstandard der Palästinenser, sondern auch ihre Fähigkeit, Zugang zu der notwendigen Pflege und Behandlung zu erhalten, insbesondere zu spezialisierter Behandlung für schwere Erkrankungen, die in vielen Fällen nur in Ostjerusalem, Israel oder im Ausland verfügbar ist. Diejenigen, die für eine medizinische Behandlung in Ostjerusalem oder Israel überwiesen werden, müssen eine israelische Militärgenehmigung aus humanitären Gründen beantragen. Solche Genehmigungen sind schwer zu erhalten und werden oft erst mit Verzögerung erteilt oder verweigert. Die Genehmigungsregelung hat besonders verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit der Palästinenser im Gazastreifen, wo die Blockade in Verbindung mit einer chronischen Energiekrise die Verfügbarkeit und Qualität der Gesundheitsdienste untergraben hat und das System kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Schließlich diskriminiert Israel palästinensische Schüler in Israel und Ostjerusalem, die auf allen Ebenen der Schulbildung weniger Mittel erhalten als ihre jüdischen Mitschüler. Eine Analyse des Haushalts 2016 des israelischen Bildungsministeriums durch das Mossawa Center ergab, dass (überwiegend palästinensische) arabische Schüler aus benachteiligten Verhältnissen 30 % weniger Mittel pro Unterrichtsstunde in der Grundschule, 50 % weniger Mittel in der Mittelstufe und 75 % weniger Mittel in der Sekundarstufe erhalten als jüdische Schüler mit demselben sozioökonomischen Status.

EIN SYSTEM DER APARTHEID

Israel hat ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser geschaffen und hält es aufrecht. Dieses Regime wird in ganz Israel und in den besetzten Gebieten durch die Verschärfung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken durchgesetzt und kontrolliert in seiner Gesamtheit praktisch jeden Aspekt des Lebens der Palästinenser und verletzt routinemäßig ihre Menschenrechte.

Dieses Apartheidsystem wurde über Jahrzehnte hinweg von aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen in allen von ihnen kontrollierten Gebieten aufgebaut und aufrechterhalten, unabhängig von der jeweils an der Macht befindlichen politischen Partei. Israel hat verschiedene Gruppen von Palästinensern unterschiedlichen diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetzen und Maßnahmen unterworfen. zu verschiedenen Zeiten, z.B. als Reaktion auf die territorialen Gewinne, die es zuerst 1948 und dann 1967 machte, als es Ost-Jerusalem annektierte und den Rest des Westjordanlandes und den Gazastreifen besetzte. Im Laufe der Jahrzehnte haben demografische und geopolitische Erwägungen Israels die Politik gegenüber den Palästinensern in jedem dieser Gebiete geprägt.

Obwohl sich Israels Apartheidsystem in den verschiedenen Gebieten, die es effektiv kontrolliert, auf unterschiedliche Weise manifestiert, verfolgt es stets denselben Zweck: die Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser zum Nutzen der jüdischen Israelis, die nach israelischem Zivilrecht unabhängig von ihrem Wohnort privilegiert sind. Es zielt darauf ab, eine überwältigende jüdische Mehrheit aufrechtzuerhalten, die Zugang zu einem Höchstmaß an erworbenen oder kontrollierten Gebieten und Land hat und davon profitiert, während das Recht der Palästinenser, die Enteignung ihres Landes und ihres Eigentums anzufechten, eingeschränkt wird. Dieses System wurde überall dort angewandt, wo Israel eine effektive Kontrolle über Territorium und Land oder über die Ausübung der Rechte der Palästinenser ausgeübt hat. Es wird in Recht, Politik und Praxis umgesetzt und spiegelt sich im Diskurs des Staates seit seiner Gründung und bis heute wider.

Auch wenn das Völkerrecht auf die Situation in Israel und in den besetzten Gebieten unterschiedlich angewendet wird, entschuldigt diese Tatsache nicht die verbotene Diskriminierung von Palästinensern in einem der von Israel kontrollierten Gebiete. Israels Behandlung von Palästinensern innerhalb Israels unterliegt

den internationalen Menschenrechtsnormen unter Ausschluss des humanitären Völkerrechts. In den besetzten Gebieten ist das Verhalten Israels sowohl an die Regeln des humanitären Völkerrechts, die für die militärische Besatzung gelten (Besatzungsrecht), als auch an seine Verpflichtungen aus den internationalen Menschenrechtsnormen gebunden. Das Besatzungsrecht erlaubt und verlangt in einigen Fällen eine unterschiedliche Behandlung von Staatsangehörigen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung des besetzten Gebietes. Es erlaubt der Besatzungsmacht jedoch nicht, dies zu tun, wenn die Absicht darin besteht, ein Regime systematischer Rassenunterdrückung und -beherrschung zu errichten oder aufrechtzuerhalten.

Die anhaltende Zwangsvertreibung der Mehrheit der Palästinenser von ihrem Land und ihrem Besitz in den Jahren 1947-49 und anschließend 1967, die Zwangsdeportationen, die gewaltsamen Transfers und die willkürlichen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, die Verweigerung der Staatsangehörigkeit und des Rechts auf Rückkehr, die rassistisch motivierte und diskriminierende Enteignung ihres Landes und ihres Eigentums; und die anschließende diskriminierende Zuteilung von und der Zugang zu nationalen Ressourcen (einschließlich Land, Wohnraum und Wasser) verhindern nicht nur, dass Palästinenser derzeit ihre Rechte wahrnehmen können, einschließlich des Zugangs zu Lebensunterhalt, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Nahrungsmittelsicherheit, Wasser- und Sanitärversorgung und Bildungsmöglichkeiten, sondern sorgen auch dafür, dass Palästinenser als Einzelpersonen oder Gemeinschaften nicht den gleichen Status genießen können wie jüdische Israelis in Israel, den besetzten Gebieten und in anderen Situationen, in denen Israel die Kontrolle über die Wahrnehmung der Rechte von Palästinensern ausübt, insbesondere des Rechts auf Rückkehr.

Die rassistische Diskriminierung und Segregation von Palästinensern ist das Ergebnis einer bewussten Regierungspolitik. Die regelmäßigen Verstöße gegen die Rechte der Palästinenser sind keine zufälligen Wiederholungen von Straftaten, sondern Teil eines institutionalisierten Regimes systematischer Unterdrückung und Herrschaft.

VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Israel und Personen, die in seinem Namen handeln, haben bei der Errichtung und Aufrechterhaltung eines Systems der Herrschaft und Unterdrückung über die Palästinenser systematisch unmenschliche und unmenschliche Handlungen begangen, wie sie in der Apartheid-Konvention bzw. im Römischen Statut verboten sind.

Amnesty International hat insbesondere die unmenschlichen oder unmenschlichen Handlungen der Zwangsverschiebung, der Verwaltungshaft und der Folter, der rechtswidrigen Tötungen und schweren Verletzungen sowie der Verweigerung grundlegender Freiheiten oder der Verfolgung der palästinensischen Bevölkerung in Israel und in den besetzten Gebieten untersucht, die mit dem oben beschriebenen System diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken verbunden sind und dieses durchsetzen. Die Organisation

ist zu dem Schluss gekommen, dass die von Israel sowohl innerhalb Israels als auch in den besetzten Gebieten verübten Muster verbotener Handlungen Teil eines systematischen und weit verbreiteten Angriffs gegen die palästinensische Bevölkerung sind und dass die im Rahmen dieses Angriffs begangenen grausamen oder unmenschlichen Handlungen in der Absicht begangen wurden, dieses System aufrechtzuerhalten. Dies stellt sowohl nach der Apartheid-Konvention als auch nach dem Römischen Statut das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschheit dar.

ZWANGSUMSIEDLUNGEN/VERTREIBUNGEN

Israel wendet eine Vielzahl von Gesetzen und Maßnahmen an, um Palästinenser in Israel und den besetzten Gebieten in kleine Enklaven zu zwingen oder das Gebiet ganz zu verlassen. Im Negev/Naqab in Israel, in Ost-Jerusalem und in der C-Zone des Westjordanlandes, die vollständig unter israelischer Kontrolle stehen, setzen die israelischen Behörden ähnliche Planungs- und Bauregelungen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung durch, die zu weit verbreiteten und ähnlichen Mustern der Zerstörung von Häusern und Grundstücken führen, und zwar mit der Begründung, dass es keine Baugenehmigung gibt.

Sie verweigern den Gemeinden in diesen Gebieten die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und gehen im Falle der besetzten Gebiete nicht gegen gewalttätige Angriffe durch israelische Siedler vor. Zusammen schaffen diese Maßnahmen eine Notsituation, die zum Ziel hat, die Palästinenser zum Verlassen ihrer Häuser zu zwingen.

Die Palästinenser sind in einer Zwickmühle gefangen. Israel verlangt von ihnen eine Genehmigung, um zu bauen oder auch nur ein Gebäude wie ein Zelt zu errichten, stellt ihnen aber nur selten eine Genehmigung aus. Folglich bauen die Palästinenser ohne Genehmigung, um eine Unterkunft zu haben oder ihre Gemeinschaften zu entwickeln. Die israelischen Streitkräfte reißen die Gebäude dann mit der Begründung ab, sie seien ohne Genehmigung gebaut worden. Im Gegensatz dazu genehmigen die israelischen Behörden ohne weiteres Änderungen an den Plänen, um die Entwicklung zu fördern, wenn sie jüdische Städte in Israel oder israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten errichten.

Seit 1948 hat Israel Zehntausende von palästinensischen Häusern und anderen Grundstücken in allen Gebieten unter seiner Gerichtsbarkeit und tatsächlichen Kontrolle abgerissen. Dazu gehört auch die Zerstörung von mehr als 500 palästinensischen Dörfern in dem Gebiet, das nach dem Konflikt von 1947-49 zu Israel wurde. Bei den Betroffenen handelt es sich um einige der ärmsten und am stärksten ausgegrenzten Gemeinschaften sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft, häufig um Flüchtlinge oder Binnenvertriebene, die auf Familienangehörige und humanitäre Helfer angewiesen sind, um Unterkunft und Lebensunterhalt zu erhalten.

Der Entzug des ständigen Aufenthaltsstatus von Tausenden von Palästinensern in Ostjerusalem durch Israel hat ebenfalls zu Zwangsumsiedlungen geführt.

Darüber hinaus hat Israel bei Militäroperationen vorsätzlich Häuser zerstört und Zivilisten vertrieben, wodurch Zehntausende Palästinenser obdachlos und vertrieben wurden. Die Beweise deuten darauf hin, dass die meisten dieser Zerstörungen nicht durch militärische Notwendigkeiten gerechtfertigt waren und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen. Betrachtet man die Verstöße im Kontext des Unterdrückungs- und Herrschaftssystems, so tragen sie zur Aufrechterhaltung dieses Apartheidsystems bei.

Israels diskriminierende staatliche Politik, Vorschriften und Verhaltensweisen gegenüber den Palästinensern in Israel und den besetzten Gebieten beinhalten das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Deportation oder der Zwangavertreibung sowohl nach dem Römischen Statut als auch nach der Apartheid-Konvention.

VERWALTUNGSHAFT, FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

Seit der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens im Jahr 1967 haben die israelischen Behörden in großem Umfang von der Verwaltungshaft Gebrauch gemacht und Tausende von Palästinensern, darunter auch Kinder, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren im Rahmen von verlängerbaren Haftbefehlen inhaftiert. Die Militärjustiz in den palästinensischen Gebieten hat diese Anordnungen genutzt, um Tausende von Palästinensern, darunter auch Kinder, für Monate und manchmal sogar Jahre wegzusperren. Israel geht regelmäßig mit Verwaltungshaft gegen politische Gegner der Besatzung vor. Im Gegensatz dazu wurde die Verwaltungshaft nur selten gegen jüdische Staatsbürger Israels verhängt.

Auch wenn die Verwaltungshaft unter bestimmten Umständen rechtmäßig sein kann, deutet Israels systematische Anwendung gegen Palästinenser darauf hin, dass sie zur Verfolgung von Palästinensern und nicht als außergewöhnliche und selektive Sicherheitsmaßnahme eingesetzt wird. Amnesty International betrachtet daher viele Verwaltungshäftlinge als politische Gefangene, die zur Bestrafung für ihre Ansichten, die die Besatzungspolitik in Frage stellen, inhaftiert sind.

Darüber hinaus haben die israelische Sicherheitsbehörde, der israelische Gefängnisdienst und die israelischen Streitkräfte jahrzehntelang palästinensische Gefangene, darunter auch Kinder, während der Verhaftung, der Verlegung und des Verhörs gefoltert oder anderweitig misshandelt. Die israelische Sicherheitsbehörde wendet besonders harte Methoden an, um Informationen und "Geständnisse" zu erlangen. Zu den Methoden, von denen palästinensische Gefangene regelmäßig berichten, gehören schmerzhaftes Fesseln und Fesseln, Ruhigstellung in Stresspositionen, Schlafentzug, Drohungen, sexuelle Belästigung, längere Einzelhaft und Beschimpfungen.

Israelische Gerichte haben Beweise zugelassen, die durch die Folterung von Palästinensern erlangt wurden, wobei sie die Rechtfertigung der "Notwendigkeit" akzeptierten. Unverzögliche, gründliche und unparteiische Ermittlungen der israelischen Behörden bei Anschuldigungen von Palästinensern, gefoltert worden zu sein, sind äußerst selten, so dass das Verbrechen der Folter faktisch staatlich gebilligt wird.

Israels weit verbreitete und systematische Anwendung von willkürlicher Verhaftung, Verwaltungshaft und Folter in großem Umfang gegen Palästinenser, in flagranter Verletzung grundlegender Regeln und zwingender Normen des Völkerrechts, ist Teil der staatlichen Politik der Beherrschung und Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung. Sie sind Teil des weit verbreiteten und systematischen Angriffs des Staates auf die palästinensische Bevölkerung und stellen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit "Freiheitsberaubung oder andere schwere Formen des Entzugs der körperlichen Freiheit" und "Folter" gemäß dem Römischen Statut und der Apartheid-Konvention dar.

UNGESETZLICHE TÖTUNGEN UND SCHWERE VERLETZUNGEN

Die israelischen Streitkräfte haben seit 1967 Tausende von palästinensischen Zivilisten in den besetzten Gebieten getötet und verletzt, oft unter Umständen, die darauf schließen lassen, dass die Tötungen systematisch, unrechtmäßig und willkürlich erfolgten und nahezu ungestraft blieben. Diese Tötungen und Verletzungen wurden außerhalb des bewaffneten Konflikts bei israelischen Strafverfolgungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten verübt, unter anderem bei der Niederschlagung von Protesten, bei Verhaftungsaktionen, bei der Durchsetzung von Reise- und Bewegungsbeschränkungen und bei Durchsuchungsaktionen.

In einigen Fällen scheinen die israelischen Streitkräfte während der Proteste absichtlich auf Sanitäter, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten gezielt zu haben.

Trotz zahlreicher Beweise für rechtswidrige Tötungen ist Amnesty International kein Fall bekannt, in dem ein Angehöriger einer israelischen Sicherheitskraft seit 1987 wegen vorsätzlicher Verursachung des Todes eines Palästinensers in den besetzten Gebieten verurteilt worden wäre. Im Allgemeinen sind Strafverfolgungen äußerst selten. In den Fällen, in denen es zu Verurteilungen kam, wurden die Soldaten wegen Totschlags oder geringerer Vergehen verurteilt.

Es gibt auch eine Reihe von Fällen, in denen israelische Streitkräfte und Sicherheitsbeamte palästinensische Bürger Israels töten, auch im Zusammenhang mit Protesten gegen diskriminierende israelische Politik und Maßnahmen, und zwar unter Umständen, die darauf hindeuten, dass die Tötungen unrechtmäßig waren.

Die Muster der übermäßigen Gewaltanwendung gegen Palästinenser bei Strafverfolgungsmaßnahmen, die verfügbaren Informationen über die "Einsatzregeln" des israelischen Militärs sowie die Erklärungen israelischer Beamter im Anschluss an solche Maßnahmen, insbesondere bei Protesten, spiegeln eine geplante und anhaltende Politik des Schießens zur Tötung oder Verstümmelung von Palästinensern wider. Sie stehen im Einklang mit den grausamen und unmenschlichen Handlungen des "Mordes" und "anderer unmenschlicher Handlungen ähnlicher Art, die vorsätzlich großes Leid oder eine schwere Schädigung des Körpers oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen" oder die "Zufügung eines schweren körperlichen oder geistigen Schadens für die Mitglieder einer oder mehrerer ethnischer Gruppen" gemäß dem Römischen Statut und dem Apartheid-Übereinkommen.

VERWEIGERUNG VON GRUNDRECHTEN UND -FREIHEITEN UND VERFOLGUNG

Israels systematische Verweigerung des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit und strenge Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Aufenthaltsrechts, einschließlich des Rechts, das Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, gehen über das hinaus, was nach internationalem Recht zu rechtfertigen ist. Ihre pauschale Anwendung richtet sich in diskriminierender Weise gegen die palästinensische Bevölkerung auf der Grundlage ihrer ethnischen Identität als Palästinenser, beeinträchtigt ihre Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Israel und den besetzten Gebieten und verhindert absichtlich ihre volle Entfaltung als Gruppe. Durch diese Einschränkungen wird die Wahrnehmung zahlreicher grundlegender Rechte und Freiheiten untergraben, darunter das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu vereinigen, das Recht auf Lebensunterhalt, Arbeit, Gesundheit, Nahrung und Bildung.

Durch die Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung durch jahrelange, bewusst diskriminierende und ausgrenzende Politik und offizielle Erklärungen, die sich in der Praxis widerspiegeln, haben die israelischen Behörden das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der "Verfolgung" im Sinne des Römischen Statuts und der "Verweigerung grundlegender Menschenrechte" begangen, die "die Rassengruppe(n) an der Teilnahme am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes und an der bewussten Schaffung von Bedingungen hindern, die ihre volle Entfaltung verhindern" im Sinne der Apartheid-Konvention.

SICHERHEITSERWÄGUNGEN UND DIE ABSICHT, ZU UNTERDRÜCKEN UND ZU BEHERRSCHEN

Israel ist nach internationalem Recht verpflichtet, alle Personen, die sich unter seiner Gerichtsbarkeit und Kontrolle befinden, vor Gewalt zu schützen. Im Kontext eines internationalen bewaffneten Konflikts und einer militärischen Besetzung kann es Umstände geben, unter denen die unterschiedliche Behandlung verschiedener Gruppen auf rechtmäßigen Gründen beruht, ohne gegen das Verbot der Diskriminierung zu verstoßen. Zwar können legitime Sicherheitsbedenken eine unterschiedliche Behandlung von Palästinensern zulassen, doch müssen sicherheitsbezogene Maßnahmen mit dem Völkerrecht in Einklang stehen und sicherstellen, dass alle Einschränkungen von Rechten notwendig und der Sicherheitsbedrohung angemessen sind.

Amnesty International hat jedoch gezeigt, dass die israelischen Behörden eine Politik verfolgen, die Palästinenser über einen langen Zeitraum hinweg bewusst und auf besonders grausame Weise in einer Weise diskriminiert, die keine vernünftige Grundlage in der Sicherheit oder "Verteidigung" hat. So gibt es beispielsweise für die anhaltende und grausame diskriminierende Verweigerung des Zugangs der

Palästinenser zu ihrem Land und ihrem Eigentum, das auf gewaltsame und diskriminierende Weise beschlagnahmt wurde, keine Sicherheitsgründe. Es gibt keine sicherheitspolitische Grundlage für die effektive Absonderung der palästinensischen Bürger Israels durch diskriminierende Gesetze über die Planung und den Zugang zu Wohnraum oder die Verweigerung ihres Rechts, ihr aufgrund rassistischer Gesetze beschlagnahmtes Eigentum und ihre Häuser einzufordern. Ebenso können willkürliche und diskriminierende Eingriffe in die Rechte palästinensischer Bürger Israels, zu heiraten und das Aufenthaltsrecht auf ihre Ehepartner und Kinder auszudehnen, nicht mit dem Argument der Sicherheit gerechtfertigt werden, wenn keine Beweise dafür vorliegen, dass bestimmte Personen eine Bedrohung darstellen.

Im Zusammenhang mit der israelischen Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens können bestimmte Einschränkungen der Menschenrechte nach dem humanitären Völkerrecht zulässig sein, wenn sie in gutem Glauben erfolgen. Die Rechtfertigung für die unterschiedliche Behandlung kann sich jedoch nicht auf die Ansiedlung von jüdischen Israelis in den besetzten Gebieten erstrecken. Sie kann sich auch nicht auf die Morde, die gezielten Tötungen, die Folterungen, die Deportationen und die Zwangsumsiedlungen von Bevölkerungsgruppen erstrecken, die im Laufe der Jahre in den besetzten Gebieten verübt wurden.

Amnesty International hat nachgewiesen, dass andere politische Maßnahmen, die Israel mit Sicherheitsgründen gerechtfertigt hat, durchweg in grob unverhältnismäßiger und diskriminierender Weise umgesetzt wurden, was zu massiven, systematischen Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser führte. Dazu gehört Israels Politik der umfassenden, strengen und langfristigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im Westjordanland und im Gazastreifen.

SCHLUSSFOLGERUNG UND EMPFEHLUNGEN

Die Gesamtheit der von Amnesty International beschriebenen Gesetze, Politiken und Praktiken zeigt, dass Israel überall dort, wo es seit 1948 die Kontrolle über das Leben der Palästinenser ausübt, ein institutionalisiertes Regime der Unterdrückung und Beherrschung der palästinensischen Bevölkerung zum Nutzen der jüdischen Israelis - ein System der Apartheid - errichtet und aufrechterhalten hat. Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass der Staat Israel die Palästinenser als eine minderwertige nicht-jüdische ethnische Gruppe betrachtet und behandelt. Die Segregation erfolgt auf systematische und stark institutionalisierte Weise durch Gesetze, politische Maßnahmen und Praktiken, die allesamt darauf abzielen, Palästinenser daran zu hindern, auf dem Gebiet Israels und in den besetzten Gebieten die gleichen Rechte wie jüdische Israelis zu beanspruchen und zu genießen, und die somit darauf abzielen, das palästinensische Volk zu unterdrücken und zu beherrschen. Hinzu kommt ein Rechtssystem, das das Recht der außerhalb Israels und der OPT lebenden palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat kontrolliert (und negiert).

Die Abschaffung dieses grausamen Apartheidsystems ist für die Millionen von Palästinensern, die weiterhin in Israel und den besetzten Gebieten leben, sowie für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, die

weiterhin in den Nachbarländern vertrieben werden, oft nicht weiter als 100 km von ihrer ursprünglichen Heimat entfernt, von wesentlicher Bedeutung, damit sie ihre Menschenrechte ohne Diskriminierung wahrnehmen können. Neben anderen, spezifischeren Empfehlungen fordert Amnesty International Israel auf, alle Maßnahmen der Diskriminierung, Segregation und Unterdrückung, die derzeit gegenüber der palästinensischen Bevölkerung bestehen, aufzuheben und eine Überprüfung aller Gesetze, Verordnungen, Politiken und Praktiken vorzunehmen, die eine Diskriminierung aus rassistischen, ethnischen oder religiösen Gründen darstellen, mit dem Ziel, sie aufzuheben oder im Einklang mit internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards zu ändern.

Israel muss allen Palästinensern in Israel und den besetzten Gebieten im Einklang mit den Grundsätzen der internationalen Menschenrechtsnormen und ohne Diskriminierung die gleichen und uneingeschränkten Menschenrechte zugestehen und gleichzeitig den Schutz gewährleisten, der den Palästinensern in den besetzten Gebieten durch das humanitäre Völkerrecht garantiert wird. Israel muss auch das Recht der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen anerkennen, in die Häuser zurückzukehren, in denen sie oder ihre Familien einst in Israel oder den besetzten Gebieten lebten. Darüber hinaus muss Israel den Opfern von Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht - und ihren Familien - volle Wiedergutmachung gewähren. Dazu gehört auch die Rückgabe und Entschädigung für alle auf rassistischer Grundlage erworbenen Besitztümer.

Das Ausmaß und die Schwere der in diesem Bericht dokumentierten Verstöße machen deutlich, dass die internationale Gemeinschaft ihre Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt dringend und drastisch ändern und das volle Ausmaß der Verbrechen anerkennen muss, die Israel am palästinensischen Volk begeht. In der Tat hat die internationale Gemeinschaft über sieben Jahrzehnte lang Israel freie Hand gelassen und tatenlos zugesehen, wie Israel den Palästinensern, sie zu enteignen, abzusondern, zu kontrollieren, zu unterdrücken und zu beherrschen. Die zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die im Laufe der Jahre verabschiedet wurden, sind nicht umgesetzt worden, und Israel hat außer formelhaften Verurteilungen keine Konsequenzen für seine völkerrechtswidrigen Handlungen hinnehmen müssen. In der Zwischenzeit ist es nicht gelungen, die israelischen Verstöße gegen die Palästinenser im besetzten Westjordanland und im Gazastreifen lediglich im Rahmen des humanitären Völkerrechts und getrennt von den Verstößen gegen die Palästinenser in Israel zu behandeln, um die Ursachen des Konflikts zu bekämpfen und den Opfern in irgendeiner Form Rechenschaft und Gerechtigkeit zu verschaffen.

Ohne sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um Israel für seine systematischen und weit verbreiteten Verstöße und Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung nach dem Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen, hat die internationale Gemeinschaft dazu beigetragen, die internationale Rechtsordnung zu untergraben, und hat Israel ermutigt, weiterhin ungestraft Verbrechen zu begehen. Tatsächlich haben einige Staaten Israels Verstöße aktiv unterstützt, indem sie das Land mit Waffen, Ausrüstung und anderen Instrumenten versorgten, um Verbrechen nach internationalem Recht zu begehen, und indem sie Israel diplomatisch deckten, auch im UN-Sicherheitsrat, um es vor der Rechenschaftspflicht zu schützen. Damit haben sie das palästinensische

Volk völlig im Stich gelassen und die Erfahrung der Palästinenser als Menschen mit geringeren Rechten und einem minderwertigen Status gegenüber jüdischen Israelis nur noch verschlimmert.

Auch wenn Veränderungen letztlich nur innerhalb Israels möglich sind, kann die internationale Gemeinschaft konkrete Maßnahmen ergreifen, um Druck auf Israel auszuüben, damit es sein Apartheidsystem abschafft. Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit zieht eine individuelle internationale strafrechtliche Verantwortung nach sich, die für Einzelpersonen, Mitglieder von Organisationen und Vertreter des Staates gilt, die an der Begehung des Verbrechens beteiligt sind. Daher sollten Israel selbst, die palästinensischen Behörden, die internationale Gemeinschaft und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) die Begehung des Verbrechens der Apartheid nach internationalem Recht untersuchen.

Alle Staaten können die universelle Gerichtsbarkeit über alle Personen ausüben, die im begründeten Verdacht stehen, das Verbrechen der Apartheid begangen zu haben, während die Staaten, die der Apartheid-Konvention beigetreten sind, verpflichtet sind, dies zu tun und die für das Verbrechen verantwortlichen Personen zu verfolgen, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Dies bedeutet, dass die Staaten sofortige, wirksame und unparteiische strafrechtliche Ermittlungen durchführen müssen, wenn ihnen begründete Beweise dafür vorliegen, dass eine Person in ihrem Hoheitsgebiet oder unter ihrer Kontrolle im begründeten Verdacht steht, strafrechtlich verantwortlich zu sein, oder sie müssen Verdächtige an eine andere Gerichtsbarkeit ausliefern, die dies tun wird.

Fast sechs Jahre nach der Ankündigung der IStGH-Anklägerin, eine Voruntersuchung zur "Situation in Palästina" einzuleiten, kam die Vorverfahrenskammer im Februar 2021 zu dem Schluss, dass sich die "territoriale Zuständigkeit des Gerichtshofs in der Situation in Palästina auf die von Israel seit 1967 besetzten Gebiete, d. h. den Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, erstreckt", und ebnete damit den Weg für die Untersuchung von Verbrechen, die seit dem 13. Juni 2014 in den OPT begangen wurden. Am 3. März 2021 kündigte die Anklägerin an, dass ihr Büro eine Untersuchung der in den besetzten Gebieten begangenen Verbrechen nach dem Römischen Statut einleiten werde. Amnesty International fordert daher die Anklagebehörde des IStGH auf, die Anwendbarkeit des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Apartheid im Rahmen ihrer laufenden formellen Untersuchung zu prüfen.

Der IStGH hat zwar festgestellt, dass er für die in den besetzten Gebieten begangenen Verbrechen des Römischen Statuts zuständig ist, nicht aber für die in Israel selbst begangenen Verbrechen. Der UN-Sicherheitsrat muss daher dafür sorgen, dass die Urheber des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Apartheid und anderer völkerrechtlicher Verbrechen in Israel und den besetzten Gebieten vor Gericht gestellt werden, indem entweder die gesamte Situation an den IStGH verwiesen oder ein internationales Tribunal eingerichtet wird, das die mutmaßlichen Täter vor Gericht stellt. Der UN-Sicherheitsrat muss außerdem gezielte Sanktionen, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, gegen die am meisten in das Verbrechen der Apartheid verwickelten israelischen Beamten verhängen und ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel verhängen.

Gleichzeitig sollte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den ursprünglich im November 1962 eingerichteten Sonderausschuss gegen Apartheid wieder einrichten, um sich auf alle Situationen zu konzentrieren, einschließlich Israel und die besetzten Gebiete, in denen die schweren Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid begangen werden, und um Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, damit diese Systeme der Unterdrückung und Herrschaft abgeschafft werden.

Alle Regierungen und regionalen Akteure, insbesondere diejenigen, die enge diplomatische Beziehungen zu Israel unterhalten, wie die USA, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sowie das Vereinigte Königreich, aber auch die Staaten, die dabei sind, ihre Beziehungen zu verstärken - wie einige arabische und afrikanische Staaten - dürfen das Apartheidsystem nicht unterstützen und keine Hilfe oder Unterstützung für die Aufrechterhaltung eines solchen Regimes leisten und müssen zusammenarbeiten, um diese rechtswidrige Situation zu beenden. Als ersten Schritt müssen sie anerkennen, dass Israel das Verbrechen der Apartheid und andere internationale Verbrechen begeht, und alle politischen und diplomatischen Mittel einsetzen, um sicherzustellen, dass die israelischen Behörden die in diesem Bericht dargelegten Empfehlungen umsetzen und jegliche Zusammenarbeit und Aktivitäten mit Israel überprüfen, um sicherzustellen, dass diese nicht zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems beitragen. Amnesty International wiederholt außerdem seine seit langem bestehende Aufforderung an die Staaten, die direkte und indirekte Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe aller Waffen, Munition und sonstiger militärischer und sicherheitspolitischer Ausrüstung, einschließlich der Bereitstellung von Ausbildung und sonstiger militärischer und sicherheitspolitischer Unterstützung, unverzüglich auszusetzen. Schließlich fordert sie die Staaten auf, ein Verbot von Produkten aus israelischen Siedlungen einzuführen und durchzusetzen.

Die palästinensischen Behörden müssen ihrerseits sicherstellen, dass jegliche Art von Geschäften mit Israel, vor allem im Rahmen der Sicherheitskoordinierung, nicht zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten beiträgt, und sollten erforderlichenfalls und im Einklang mit internationalen Standards die diskriminierenden Auswirkungen der israelischen Apartheid auf die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten dokumentieren, um den einschlägigen internationalen Gerichten und anderen Gremien Beweise für diese Auswirkungen vorzulegen.

Auch die Unternehmen sind dafür verantwortlich, ihre Aktivitäten in Israel und den besetzten Gebieten zu bewerten und sicherzustellen, dass sie nicht zum System der Apartheid beitragen oder davon profitieren, und solche Auswirkungen anzugehen, wenn sie auftreten, und die entsprechenden Aktivitäten einzustellen, wenn sie nicht verhindert werden können.

Schließlich müssen sich nationale und internationale humanitäre und Entwicklungsorganisationen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich verstärkt bei der israelischen Regierung dafür einsetzen, dass die Diskriminierung und Segregation von Palästinensern in Israel und den besetzten Gebieten durch Gesetze, Politik und Praktiken beendet wird, unter anderem durch Lobbyarbeit bei den Gebern, und sie müssen alle

Projekte und Hilfen für Palästinenser einer strengen und kontinuierlichen Prüfung unterziehen, um sicherzustellen, dass sie in einer Weise durchgeführt werden, die die Diskriminierung und Segregation von Palästinensern nicht verfestigt, unterstützt oder aufrechterhält.

Übersetzung: Claus Walischewski – ICAHD – <https://www.icahd.de>

Quelle:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/02/israels-apartheid-against-palestinians-a-cruel-system-of-domination-and-a-crime-against-humanity/>